

## ■ Wahlzeit – Kampfzeit

Leipzig zwischen Montagsdemos, Haushalt-„Konsolidierung“ durch Privatisierung, Gewerbesteuer-Rückzahlungen an Großunternehmen und: Studenten an der kurzen Leine **Seiten 2/4**

## ■ Irak: Es ist nicht alles Terror!

Ein Volk wehrt sich gegen die räuberische USA-Dominanz **Seite 7**

## ■ 1. Mai historisch

Die Leipziger Arbeiterschaft vor dem drohenden Ersten Weltkrieg und: Der Blutmai von 1929 **Seiten 8/9**

## ■ VfB und 1. FC Lok

**Seite 13**



Foto: Märker

Im Grunde genommen traten die aktiven Demokraten Leipzigs schon mit ihren Montagsmärschen der geplanten „Durchbruchsschlacht“ des Christian Worch entgegen. Der Neonazi will Leipzig am 1. Mai mit einer neuen Dimension „sozialer“

Volksverführung heimsuchen. Winfried Helbig vom Aktionskreis Frieden brachte es am Montag vor der Oper auf den Punkt: „Soziale Politik ist das beste Gegenmittel gegen Nazidemagogie.“

Seite 2

## Jetzt reicht's!

Rede von **Roger Schaumberg** auf der Leipziger Montagsdemo vom 19. April

Ein Gespenst geht um in Europa – das Gespenst einer zum unnützen Ballast verkommenen politischen Klasse. Einer Klasse ohne Funktion, die im Alkoholnebel der eigenen neoliberalen Sonntagsreden längst dazu übergegangen ist, in nie gekannter Unverschämtheit auf dem sinkenden Schiff noch schnell das Tafelsilber des Steuerzahlers beiseite zu schaffen ...

Was Wunder, sind die Herrschaften doch faktisch arbeitslos! Denn in aller Heimlichkeit und zum Exzess entfesselter Profitgier greift die globalisierte Wirtschaft nach der direkten politischen Macht auf dem Planeten. Die Politiker, ursprünglich mit der Funktion ausgestattet, den Interessenausgleich zwischen der Wirtschaft und den lohnabhängigen Massen zu organisieren, haben vor dem globalisierten neoliberalen Angriff bedingungslos kapituliert und hebeln damit unsere Gesellschaft aus ihren Grundfesten.

Schon soll der Chef des Internationalen Währungsfonds – eines der aggressivsten Globalisierungsinstrumente durchgeknallter westlicher Freiheit, die sich die Erde endgültig untertan macht – das höchste politische Amt in Deutschland bekleiden. Wann wird der Chef der Deutschen Bank zwischen seinen Gerichtsterminen oder einer der genialen Wirtschaftsorganisatoren von DaimlerChrysler und Telekom endlich deutscher Bundeskanzler?! Dieser neue Bundeskanzler könnte dann gemeinsam mit dem Faschisten Berlusconi die europäische Sachzwang-Diktatur zwischen globalem Terrorismus von außen und dem Terror ungebremster Geldgier von innen ausrufen. Ich sage: Ich bin dankbar! Endlich Schluss mit den Lügen, die mir die Luft nehmen – endlich klare Verhältnisse! Ich will, dass die Barbaren endlich ihre verlogene demokratische Maske fallen lassen!

Ich habe einen Freund, den ich ganz besonders schätze, ihr werdet ihn kennen: den wunderbaren Sänger und Clown mit dem großen Herzen Herman van Veen. Herman hat mir bei seiner musikalischen Lesung im „Lindenfels“ etwas gesagt, was ich hier öffentlich bekräftigen möchte:

„Es reicht jetzt! Ihr hattet euren Spaß. Das Maß ist jetzt voll! Jetzt sind wir dran. Ich will eure dreisten Lügen nicht mehr ertragen! Ich will eure ungeheuerliche Inkompetenz nicht mehr ausbaden! Ich will eure parasitäre Existenz aus den Taschen des Volkes nicht mehr hinnehmen!“ ...

Wir sind das Volk, der Arbeitgeber dieser entfesselten, pflichtvergessenen Meute. Ich greife den Vorschlag von Pfarrer Führer auf: Wenn das System nicht mehr funktioniert und Gerechtigkeit und inneren Frieden nicht wahren kann, dann lasst uns den zweiten Teil der unvollendeten Revolution von 1989 nachholen! An die politische Klasse in Deutschland: IHR SEID GEFEUERT!

Der Autor arbeitet im Aktionskreis Frieden/Sozialforum Leipzig. Der Text der Rede wurde redaktionell gekürzt.

## Stadthaushalt ist krank

Ganze vier Monate sind vergangen, seit sich Leipzigs Parlament über den Haushaltsplan 2004 verständigte, und schon müssen sich die Stadträtinnen und Stadträte mit einem Defizit von 20 Millionen Euro herumschlagen. Allein 14 Millionen sind auf finanzpolitische Entscheidungen der rot-grünen Bundesregierung zurückzuführen. Neun Millionen Mindereinnahmen gehen auf das Konto der Verschiebung der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe vom 1. Juli dieses Jahres auf den 1. Januar 2005. Fünf Millionen Euro müssen vorerst an Großunternehmen als zuviel gezahlte Gewerbesteuer überwiesen werden, weil Kapitalgesellschaften in den Genuss großzügiger Abschreibungsmodelle gekommen sind.

Ohne sich auch nur der Mühe zu unterziehen, über Änderungsanträge und Kompromisse im Interesse der städtischen Handlungsfähigkeit nachzudenken, lehnte die CDU das Konsolidierungskonzept in der Ratsversammlung vom 21. April mit fadenscheinigen Argumenten pauschal ab. Da halfen selbst die erregten Worte nichts, mit denen Oberbürgermeister Tiefensee an den geleisteten Eid der Volksvertreter erinnerte.

Auf das Verantwortungsbewusstsein der PDS konnten sich die Leipziger hingegen verlassen. Ihre Änderungsanträge verhinderten unter anderem geplante Kürzungen bei der Ausstattung von Kindertagesstätten und Schulen. Da die Stadtverwaltung diesen Anträgen entsprach, konnte die PDS-Fraktion dem Konsolidierungskonzept mehrheitlich zustimmen.

• JAN DIETRICH

## Terror über der Heide

Beim Ostermarsch versicherte Brandenburgs Ministerpräsident und SPD-Landesvorsitzender Platzeck, er wolle bis zur Landtagswahl die Rücknahme der militärischen Planungen für die Kyritz-Ruppiner Heide erreichen. Jetzt erfuhr die Märkische Allgemeine Zeitung, dass Brandenburger SPD-Abgeordnete im Bundestag ihren Widerstand gegen den Luftwaffen-Übungsplatz aufgeben werden, weil es im Parlament „einfach keine Mehrheit gegen das Bombodrom“ gebe. Nicht einmal in der eigenen Fraktion.

Falls nicht juristische Schritte noch eine Wende erzwingen, wird Tiefflugterror über Landstriche jagen, die zu den schönsten deutschen Erholungsgebieten zählen. Die für das Bombodrom geplanten Flugschneisen beginnen und enden bei Rostock und führen über die mecklenburgische Seenplatte. In der Heide zwischen Kyritz und Neuruppin wird der Lärm der simulierten Luftangriffe kilometerweit zu hören sein. Ein Horror für Anwohner, Gewerbetreibende und Gäste – auch dann, wenn sie nicht an die 43 abgestürzten Tornados der Luftwaffe denken.

Noch ist nicht abzusehen, wie sich die Betroffenen künftig wehren werden. Den meisten ist bewusst, dass es nicht nur um sie geht. Sie wissen: Das Bombodrom ist Eingewöhnungsstätte für verbrecherischen Krieg und Startplatz für Kriegsverbrechen.

1999, beim 78-tägigen Angriff auf Jugoslawien, haben NATO-Geschwader 190 Schulen und 50 Krankenhäuser zerstört. Die Verantwortlichen laufen noch immer frei herum und haben neue Taten im Kopf. „Bis eines Tages Stinger-Raketen über die Heide fliegen! Von unten nach oben!“, lautet ein zorniger Kommentar vor Ort.

• G. BRAUN

## Zweckentfremdet?

Auch die PDS bekam ihr Fett ab bei der Kritik des Landesrechnungshofs am zweckentfremdeten Einsatz von städtischen Zuschüssen für Leipziger Stadtratsfraktionen. Eine Sonderausgabe unserer Zeitung sei mitfinanziert worden, ein „kommunalpolitischer Bezug“ nicht zu entdecken.

Worum ging's bei dieser Ausgabe? Um die Ausstellung über Verbrechen der Wehrmacht, die vom 7. Juni bis 21. Juli 2002 in Leipzig stattfand! LN ergänzte die Ausstellung durch Beiträge mit ausgesprochenem Leipzig-Bezug. In einem Geleitwort zitierte Leipzigs Kulturbeigeordneter Girardet: „Die Vergangenheit muß reden, und wir müssen zuhören. Vorher werden wir und sie keine Ruhe finden.“ Und er fügte hinzu: „Diese Worte von Erich Kästner bringen die Notwendigkeit dieser Ausstellung am Standort Leipzig auf einen prägnanten Nenner.“

Es ehrt die Stadt und die PDS, dass sie das begriffen hatten. Im Unterschied zu Dresdner Buchprüfern.

• D. OST

## Heraus zum 1. Mai!

10 Uhr: Beginn der Demonstration vom Connewitzer Kreuz (Kochstraße). 11 Uhr: Kundgebung auf dem Augustusplatz mit Frank Bsirske, Vorsitzender von ver.di.

## Kein Fußbreit den Demagogen!

Nach der Maikundgebung 12.30 Uhr zur Richard-Wagner-Straße

LN. Am 1. Mai will der Hamburger Neonazi Christian mit seinen „Freien Kameradschaften“ in Leipzig zum „Generalangriff“ antreten. Mit sozialer Demagogie in neuer Dimension – Faltblätter in Briefkästen geben einen Vorgeschmack – führt er den „nationalistischen Befreiungskampf um den Aufbau einer Neuen Ordnung“. In der Stadt,

„in der sich die sozialen Probleme wie in einem Brennglas bündeln“, will Worch „die Offensivkraft und Ideenfaszination des deutschen Nationalismus voll zum Einsatz bringen“.

Das muss verhindert werden. Leipzigs Bürger sind aufgerufen, nach der Maikundgebung den Neonazis auf der Richard-Wagner-Straße entgegenzutreten.

Für Freitag, den 30. April, 18 Uhr, lädt der Verein „Leipzig. Courage zeigen.“ zum traditionellen antifaschistischen

Open-Air am

Völkerschlachtdenkmal

Hochkarätige Künstler wirken mit, darunter Bettina Wegner, Propanja, Electra, Sebastian Krumbiegel, Knorkato.

Ruf der Leipziger Montagsdemos:

## „Sie sagen kürzen, wir sagen kämpfen!“

Wachsende Beteiligung, Schulterschluss mit Halle – das waren die Akzente der 4. und 5. Leipziger Montagsdemo dieses Jahres gegen Sozialabbau.

„In Halle, das ja mal ein Zentrum des mitteldeutschen Maschinenbaus war“, sagte Götz Rubisch von Radio Corax am 19. April vor der Thomaskirche, „ist von unzähligen Betrieben ein einziger übrig geblieben: modern, konkurrenzfähig, für Qualität und Termintreue weltbekannt. Waggonbau Ammendorf, leider heute in den falschen Händen. Aufsichtsräte und Abfindungsgeier wollen die Arbeitsplätze seiner über 700 Beschäftigten auf dem Altar des shareholder value opfern. Die Ammendorfer haben schon gesagt, dass sie sich das nicht gefallen lassen werden.“

Hieb- und stichfest widerlegte ein Abgesandter des Sozialbündnis Halle die Behauptung, man müsse kürzer treten, weil weniger zu verteilen sei. Heute sei dreimal mehr zu verteilen als in den 60er Jahren und 25 Prozent mehr als in den 80ern. Das Problem sei die ungerechte Verteilung: 50 Prozent des Vermögens gehören 10 Prozent der Bevölkerung und bringen täglich 1,1 Milliarden Euro Zinsen! Mit dem Grundgesetz seien Handhaben gegeben, willkürlichen Kapitalfluss einzudämmen und Investitionen dort zu si-

chern, wo die Arbeitslosigkeit am größten ist.

Noch eins drauf setzte Roger Schaumberg vom Aktionskreis Frieden/Sozialforum Leipzig – er kommt in unserer Kolumne auf Seite 1 zu Wort.

Pfarrer Christian Führer forderte die Demonstranten auf, mit ihm zusammen über die Frage nachzudenken: „Was ist das Beste für unser Land?“ Am 26. April – diesmal ging der Protestmarsch zum Bahnhof und über den Ring zur Oper – knüpfte er daran an. „Die Logik der Herrschenden hat abgewirtschaftet! Sie geben sie aber nicht so leicht aus der Hand ...“ Ohne die schöpferische Kraft des Volkes gehe es nicht. Er habe eine ganze Mappe mit Vorschlägen erhalten, die politikfähig sind. „Auf Teilen kommt es an, aber von oben

nach unten!“

Tiefe Unzufriedenheit mit der Politik seiner eigenen Partei äußerte der ehemalige Ingenieur Peter Völker, Sozialdemokrat, bekennender Christ und IG-Metaller. „London hat seinen Hyde Park – wir haben den Augustusplatz, und den müssen wir nutzen!“ Weitere Redner warteten vor dem dem Einbruch des Binnenmarktes bei „neuen sozialen Verwüstungen“ und wiesen darauf hin, was Beziehern von Arbeitslosengeld II blüht: Bad mit Dusche steht ihnen nicht zu, sie sind nicht mehr rentenversichert.

Micha vom Streikomitee der Uni forderte zur Fortsetzung der Demonstrationen auf. Winfried Helbig erinnerte an die neue Worch-Invasion, die am Sonnabend zu vereiteln sei.

• G. BRAUN



Sarah Wagenknecht unter den Montagsdemonstranten. Die PDS-Kandidatin fürs Europaparlament war zum Wahlkampfauftritt der Sozialisten nach Leipzig gekommen.

Foto: Märker

„Stadtumbau“ in Leipzig-Grünau:

## Wohnungspolitik des Freistaats am Pranger

mal besonders im Norden Leipzigs Wohnungen aus DDR-Zeit recht gut belegt seien. Wenn nötig, so das Mitglied des LWB-Aufsichtsrats, könnten leer stehende Neubauten in Erwartung von Industrieansiedlung vorübergehend „eingemottet“ werden. Im übrigen habe die PDS darauf gedrängt, bei Abriss und Umlenkung wie auch bei Sanierung nach den Wünschen der Mieter zu fragen – Stichwort „Zielwohnungen“. Das habe sich

inzwischen durchgesetzt.

Für Grünau habe die PDS beantragt, den auch aus finanziellen Gründen überholten Stadtentwicklungsplan zu erneuern. Klaus Hochtritt, LWB-Geschäftsstellenleiter West, kritisierte die Landesregierung, die nur Abriss finanziell fördere und echten Umbau verhindere. Das bewegt nicht zuletzt die Bewohner des 9-Geschossers Jupiterstraße 39, die Abriss befürchten.

• gb

ALS LETZTER PUNKT auf der März-Sitzung des Leipziger Stadtrates stand die „Überleitung des Eigenbetriebes Städtische Altenpflegeheime in eine gGmbH“ auf der Tagesordnung. Angesichts der gravierenden Veränderungen, die diese Ratsvorlage mittel- und langfristig bewirken wird, verdeutlicht allein schon dieser Tagesordnungsplatz, welchen Stellenwert die Verwaltungsspitze der sozialen Daseinsvorsorge beimisst. Allein die PDS-Fraktion hatte schon im Vorfeld ihr prinzipielles Nein zur Privatisierung der städtischen Altenpflegeheime deutlich gemacht und stimmte entsprechend ab.

Nachstehend skizziert der sozialpolitische Sprecher der PDS-Stadtratsfraktion,

**Dr. Dietmar Pellmann**, die wichtigsten Ablehnungsgründe, die er auch in der entsprechenden Stadtratsdebatte vortrug:

Es gibt zunächst prinzipielle politische Gründe gegen die Bildung einer solchen GmbH. Zwar will die Stadt alleiniger Gesellschafter bleiben, schließt aber künftig den Verkauf von Anteilen an private Interessenten nicht aus. Nichts Neues, denn schon in den letzten Jahren hat sich die Stadt aus ihrer Trägerschaft für Altenpflegeheime immer weiter zurückgezogen. Der derzeitige kommu-

## Geht es noch um Menschen oder nur noch um Gewinn?

### Anmerkungen zur Bildung der gGmbH Altenpflegeheime

nale Anteil von reichlich einem Fünftel ist bereits jetzt viel zu gering.

In den nächsten Jahren soll die Zahl der städtischen Heimplätze um fast ein Drittel reduziert werden, obwohl der Bedarf an stationärer Pflege schon mittelfristig kräftig ansteigt. Wie will die Stadt bei einem solchen Kurs in Zukunft noch ernsthaft auf die Steuerung von Angebot und Nachfrage einwirken? Auf der einen Seite fordert man auch im Sozialbereich den Wettbewerb, auf der anderen Seite vergibt man sich durch die Reduzierung des eigenen Sektors immer mehr wirkliche Einflussmöglichkeiten. Die entstehenden Lücken werden von Privatbietern geschlossen, die in erster Linie auf Gewinnmaximierung aus sind. Dass gerade das für die Stadt am Ende noch wesentlich teurer wird, dürfte feststehen. Denn immer mehr Pflegebedürftige werden die steigenden Kosten nicht mehr selbst aufbringen, was zwangsläufig zu einem Anstieg der städtischen Sozialausgaben führt.

Ein Blick in die Vorlage lässt einen

erschauern. Geht es überhaupt noch um Menschen, zumal um Ältere? Ebenso könnte die Umstrukturierung eines industriellen

Unternehmens gemeint sein. Wo sind wir hingekommen, wenn nur noch Kategorien wie Rentabilität, Markt, Kunde oder Unternehmenszweck gelten und völlig außen vor bleibt, dass es die älteren Leipzigerinnen und Leipziger nicht zuletzt durch ihre Aufbau- und Lebensleistung verdient haben, in einem städtischen Heim gepflegt zu werden, wenn sie es selbst wünschen.

Die Befürworter der Privatisierung verwiesen in der Debatte immer wieder auf die großzügige Verfahrensweise im Umgang mit dem Personal der Heime, das „erst“ zwei Jahre nach der GmbH-Bildung mit tariflichen Veränderungen zu rechnen habe. Diese Regelung, die über die gesetzlichen Bestimmungen hinausgeht, wurde ohne Zweifel auf Druck des



Personalrates und der Gewerkschaftsvertreter erzielt. Dennoch wird es nach der „Schonfrist“ zu Gehaltsreduzierungen kommen und ein Drittel der jetzt noch 700 Beschäftigten wird mit Sicherheit die Kündigung erhalten. In diesem Prozess dürfte sich auch der Anteil der Fachkräfte verringern, was freilich negative Auswirkungen auf die Pflegequalität hat.

Lohndumping ist besonders durch die beabsichtigte Aus-

gründung von Dienstleistungsbereichen zu erwarten. Dass diese Methode mittlerweile unter Experten mehr als umstritten ist, zeigen Krankenhäuser und andere Sozial Einrichtungen in den alten Bundesländern. Hier werden seit einiger Zeit solche Ausgründungen wieder rückgängig gemacht. Alles in allem ist die Entscheidung der Stadtratsmehrheit nicht nur kurzschlüssig, weil die mittel- und langfristigen Auswirkungen nicht bedacht wurden. Sie ist auch gegen die Interessen von Pflegebedürftigen und Pflegenden gerichtet, weil deren Verhältnis unnötigen Belastungen ausgesetzt wird. Und ob dieser weitere Schritt zur Privatisierung sozialer Daseinsvorsorge den städtischen Haushalt entlastet, bleibt mehr als fraglich.

Opel, Audi, Ford und wie sie alle heißen, zeigen Weltneuheiten in diesen Apriltagen in Leipzig. Insgesamt 120 Premieren konnten die Besucher der Automesse, der Auto Mobil International (AMI) bestaunen. Maserati gab mit dem GranSport sein Debüt in ostdeutschen Ländern. Neben Ferrari waren auch Chevrolet und Cadillac erstmals in Leipzig vertreten. Wenn das kein Aufschwung Ost ist! Funkelnde Boliden und Superboliden, wohin das Auge schaut. Und die Leute schauen und staunen und träumen ihre ja meistens unerfüllbaren Träume umso entzückter, je mehr PS unter der jeweiligen Motorhaube schlummern. Formel-1-Pilot David Coulthard durfte, assistiert vom – wie man weiß – außerordentlich erfolgreichen Verkehrsminister Manfred Stolpe sowie vom Niedriglohn-Experten Prof. Milbradt, die Schau symbolisch eröffnen. Leipzigs OBM Tiefensee heftete schnell noch ein Olympia-Abzeichen an Coulthards Brust, das dieser auch gönnerhaft beim Grand Prix in Imola tragen will. Glänzende Karossen allüberall. Jedenfalls innerhalb des Messegeländes. Zehn Kilometer Landstraße vom Messegelände entfernt, in einer Dorfstraße, in der unterm Dach „der Alte“ wohnt, geht es bescheidener zu. Der Mann darf ja nicht mal mehr sein Moped fahren, weil dem inzwischen einiges fehlt, um verkehrstüchtig zu sein. Die nötigen Ersatzteile sind teurer als die Stütze, die er im ganzen Monat bekommt. Jeder in der Dorfgemeinschaft nennt den nur noch manchmal ordentlich Rasierten, der gerade erst 50 Jahre alt wurde, den Alten. Arbeitslos ist der einstmals selbstbewusste Kraftfahrer, abgesehen von kurzzeitigen ABM-Zwischenspielen, seit der Wende.

Vor einiger Zeit bekam er eine Aufforderung vom Arbeitsamt, er solle unterschreiben, dass er sich auch von Dritten vermitteln lässt. Was soll das wieder sein? Aber Vermittlung klingt ja schon mal gut. Also unterschrieb er. Jetzt bekam er einen Brief, er solle sich die Woche darauf in Düsseldorf einfinden. Was macht da

einer, der inzwischen von 300 Euro im Monat leben muss, der sich weder einen Besuch auf der Automesse (von einstigen Berufs wegen reizt sie ihn sehr) noch irgendeinen fahrbaren Untersatz leisten kann, der gleich gar nicht in der Lage ist, sich eine Zugfahrkarte in den goldenen

sache ist, unser Alter sackte, vor allem weil er auf dem Lande lebt, noch nicht völlig ab, er ist nie wirklich betrunken, noch nicht obdachlos und Friseurkosten spart er sich, weil er eine Glatze hat. Mal kann er helfen, einen Fischteich zu entschlammen, mal einen Kuhbesitzer beim

### Ein freier Mensch in einer freien Gesellschaft

## Absolut keine frei erfundene Geschichte



Foto: Märker

Westen zu kaufen? Und dann, selbst wenn er irgendwie in Düsseldorf ankäme, wie soll er dort leben, von welchem Geld erst einmal wo schlafen?

So gesehen trifft der Arbeitskreis SPD-naher Manager genau ins Schwarze. Denn der forderte dieser Tage, die Arbeitslosenhilfe solle regionalisiert werden, das Leben auf dem Lande sei schließlich billiger als in der Stadt. Zwar koste das Auto überall gleich, aber Friseur, Eigenheim, Arzt oder Dienstleistungen seien in der Stadt doch erheblich teurer. Sei die eine oder andere Idiotie dieser Gedanken dahingestellt, Tat-

füttern vertreten. Auch zum Holzhacken ist er gern gesehen. Da fällt immer mal ein kleiner Geldschein oder eine warme Mahlzeit ab – falls sich sein Nützlichmachen nicht eines Tages als Schwarzarbeit darstellt. Apropos warme Mahlzeit: die kann er sich höchstens auf seinem Kohleofen zubereiten. Er hat nämlich keinen Strom. Als er wenige Jahre nach der Wende als allerletzter aus einem Abrisshaus auszog, kam die große Überraschung: eine Energierechnung von rund 10000 DM. Da hatte ihn wohl die benachbarte Baustelle angezapft.

Für den Alten – politisch mitunter ein gewitzter, weil betroffener Diskutierer,

aber ansonsten doch eher ein Mensch schlichter Denkungsart – ein unlösbares Problem. So unlösbar wie die Aufforderung, nach Düsseldorf zu kommen. Also entsorgte er die Arbeitsaufforderung wie damals die Energierechnung kurzerhand im Mülleimer. Im letzteren Fall mit der Konsequenz, dass er bis heute tote Steckdosen hat, weil ja noch eine horrend Rechnung offen ist. Und im jüngeren Fall? Nachbarn warnten ihn, die Aufforderung zu ignorieren, könne den gänzlichen Entzug seiner Stütze bedeuten. Aber da winkte er bloß ab: „Noch weniger als die mir jetzt geben, geht sowieso nicht mehr.“

Wahrscheinlich aber doch. Denn siehe oben, SPD-nahe Manager sehen auf dem Land durchaus noch Kürzungsmöglichkeiten der Sozialhilfe, weil ja das Eigenheim hier kostengünstiger zu erhalten ist ... usw.

Zu allem Ungemach wird der Alte wahrscheinlich am grünen Star erblinden. Um das zu verzögern, gäbe es teure Medikamente. Weil er aber so schon nicht weiß, wie das Geld für Essen und Rasierzeug und mal für ein paar Schuhe reichen soll, wagt er sich erst gar nicht mehr zum Arzt. Gewiss gibt es selbst in dieser radikal unsozial werdenden Gesellschaft in solch einem Fall Hilfe und Auswege. Aber einer wie der Alte, in der DDR aufgewachsen, stolz und unabhängig und von Staats wegen versorgt mit allem Lebensnotwendigen, beherrscht das Bittstellen nicht. Er glaubt auch gar nicht, dass es für ihn Hilfe geben könnte, und hat sich seinem Schicksal ergeben. Und wenn es einmal gar nicht mehr weitergeht, dann müsse er eben dafür sorgen, sein Leben im Knast zu beschließen. So schlimm sei es dort gar nicht, tröstet er sich und den erschrockenen Zuhörer. Einen warmen Platz für den Winter jedenfalls habe er sich schon ein paar Mal erprügelt. „Am besten klappt es, wenn du auf einen Bürgermeister losgehst“, grinst er und schaut dann doch ziemlich hilflos und traurig in die Welt.

• MAXI WARTELSTEINER

LN. Die Lage ist dramatisch ernst. In Leipzig wie in der über großen Mehrzahl der deutschen Städte und Gemeinden. Wegbrechende Steuereinnahmen stehen wachsenden Belastungen im sozialen Bereich gegenüber. „Hartz IV“, die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, sollte die Kommunen entlasten. Für Leipzig jedoch wird sich daraus im Vergleich zu 2003 eine Mehrbelastung von 42 Millionen Euro ergeben.

Dr. Lothar Tippach, PDS-Fraktionschef im Leipziger Stadtrat, hat in einem offenen Brief an den Bundeskanzler gewarnt: „Das geht so nicht weiter. Der soziale Frieden ist in Gefahr.“ Unumgänglich ist eine Gemeindefinanzreform, die die strukturellen Haushaltsdefizite beseitigt und finanzielle Verlässlichkeit herstellt.

Aktueller Anlass seines Briefes sind die in LN Nr. 8 bereits gemeldeten Netto-Gewerbesteuer-rückzahlungen für 2000 bis 2002 an Leipziger Großunternehmen (unsere Vermutung, dass es *Quelle* ist, bestätigte sich), die in diesem Frühjahr dank der „Steuerreform“ der derzeitigen Regierungskoalition fällig werden. Diese „Bevorzugung von Großunternehmen“, wie Dr. Tippach es nennt, kostet Leipzig eine Rückzahlung von 10 Millionen Euro. Dabei beträgt der Ansatz

**Am 14. April fand mit über 7000 Teilnehmern eine der größten Vollversammlungen der Leipziger Studierenden statt, bei der über mögliche Reaktionen auf die desaströse Lage der sächsischen Universitäten und die weiteren „Reformvorschläge“ der Landesregierung beraten wurde. Bereits vorausgegangen waren Wochen mit Streiks, Demonstrationen und Aktionswochen in ganz Sachsen mit einem Schwerpunkt in Leipzig, mit denen PolitikerInnen lautstark an ihre Verantwortung erinnert wurden.**

Der Hintergrund der Proteste sind „Reformen“, die eine bessere Lehre und zugleich Haushaltseinsparungen bewirken sollen. Im Klartext heißt dies Einsparungen im Bildungssektor und eine weitere Verdrängung finanziell nicht so gut gestellter Studierender aus den Universitäten. Langzeitstudierende sollen, wenn sie die Regelstudienzeit überschreiten, für jedes folgende Semester Studiengebühren zahlen. Eine Richtgröße könnte bei 1000 Euro liegen. Außerdem soll die Studienlandschaft in Sachsen verschlankt werden. Fakultäten außerhalb der Schwerpunkte der jeweiligen Universität sollen geschlossen werden. Betroffen davon wäre u. a. die nach der Wende installierte juristische Fakultät in Dresden, die erst vor wenigen Jahren einen millionenschweren Neubau erhalten hatte. Nicht zuletzt sollen damit Stellen von einigen hundert WissenschaftlerInnen und MitarbeiterInnen an den sächsischen Universitäten „eingespart“ werden.

Dabei ist der Zustand der Universitäten jetzt schon besorgniserregend. Die Ausstattung der Universitäten lässt es vielfach nicht zu, in der Regelstudienzeit zu studieren, da die Anzahl der Plätze in Seminaren und Praktika begrenzt ist und die Nachfrage das Angebot häufig bei weitem übersteigt. Die Zahl der Studierenden steigt weiter, wogegen die Mittel der Hochschulen konstant bleiben oder sogar sinken. Neben ein Angebotsdefizit an

## WARUM, Herr Bundeskanzler, diese skandalöse Steuerrückerstattung an das Großunternehmen Quelle?

für die gesamte Gewerbesteuer im Haushaltplan 2004 gerade 126 Millionen Euro.

Lothar Tippach fordert eindringlich eine Umkehr der Politik gegenüber den Kommunen, selbst die Pflichtaufgaben seien inzwischen kaum noch zu erfüllen. Die Haushaltskonsolidierungen

der letzten Jahre waren bekanntlich bereits mit massiven Einschnitten im sozialen Bereich verbunden. Schulen, Bibliotheken, Bäder und viele andere Einrichtungen bekamen dies zu spüren. Weitere, kaum mehr zu verantwortende Schließungen und Mittelkürzungen wird auch

das erst am 21. April beschlossene Haushaltskonsolidierungskonzept bringen.

„Verantwortlich auch für das jüngste Haushaltsdefizit sind Bund und Land. Zu decken ist ein Fehlbetrag von 20 Millionen. Euro Allein 14 Millionen. Euro sind durch bundespolitische Entscheidungen hervorgerufen“, so Tippach.

Dabei ist Leipzig ohnehin geprägt durch eine überdurchschnittlich hohe Arbeitslosenquote und den größten Anteil von Sozialhilfeempfängern aller sächsischen Großstädte.

Die Leipziger PDS-Fraktion hat sich in dieser Situation an den Vorstand von *Quelle* mit der Bitte gewandt, die Stadt Leipzig bei der Erfüllung ihrer sozialen Aufgaben zu unterstützen, indem ein Teil der Steuerersparnis z. B. für die dringend notwendige Sanierung von Schulen zur Verfügung gestellt wird. Das komme letztlich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wieder zugute.

### Schon wieder Geld für Versagen im Amt?

*Ist das nicht hanebüchen: Wenn der OBM, wie jetzt angekündigt, (hilfreich) einen Antrag auf Abwahl des Leipziger Stadtkämmerers und Bürgermeisters Peter Kaminski (CDU) stellt, ist der fein raus. Denn dann fließen seine Bezüge bis 2008 weiter. So lange reicht die Wahlperiode, für die er gewählt wurde. Zudem erhält er dank einer Abwahl Pensionsansprüche.*

*Wenn aber das Bauernopfer Kaminski – denn das ist er auf jeden Fall angesichts immer noch nicht aufgeklärter CDU-Kunzeleien – freiwillig zurücktritt (was er, weil er ganz gewiss kein Dummer ist, strikt abgelehnt hat), dann ginge er leer aus. Falls die PDS ihre etwas überraschend gekommene Zustimmung zur Abwahl wahr macht (Entscheidung nach Redaktionsschluss), müsste der CDU-Mann ausgerechnet auch noch ihr dankbar sein.*

• MX

Veranstaltungen tritt eine mangelhafte und sich weiter verschlechternde Betreuung der Studierenden an den Universitäten. Von einer Integration von Forschung und Lehre, um Studierende möglichst nah an der aktuellen Forschung auszubilden und zum Nach- und Weiterdenken anzuregen, hat man sich aus personellen und finanziellen Gründen bereits jetzt weitgehend verabschiedet. Neben dem Studium müssen viele Studierende jobben gehen, um ihren Lebensunterhalt zu finanzieren. Intensives Lernen und Forschen an den

Formen“ der Landesregierung in eine den Hochschulen gerecht werdende Richtung zu lenken. Das bedeutet nach Auffassung der Leipziger Studierenden

- ein Verbot jeglicher Studiengebühren,
- eine Demokratisierung der Hochschule,
- eine bedarfsgerechte Finanzierung der Hochschulen anhand der tatsächlich eingeschriebenen Studierenden,
- eine gesellschaftsoffene Hochschule mit dem Anspruch, freien Austausch von Wissen und Meinungen zu ermöglichen und zu fördern,

### Auf dem Weg zur Wissensgesellschaft?

## Ist der Kampf darum allein Sache der Studierenden?

derzeitigen Universitäten ist nicht mehr möglich.

Bundesweit hat sich gegen den schlechten Zustand der Universitäten und die Bestrebungen weiterer Einsparungen ein breiter Widerstand etabliert, der sich auch auf ein breites Fundament in Sachsen stützen kann. Die Leipziger Vollversammlung der Studierenden hat sich an den Aktionsformen beteiligt. Bei der letzten Versammlung wurde zwar mit 54 Prozent der Stimmen ein einwöchiger Vollstreik mit Blockade der Uni-Gebäude abgelehnt, aber die Aktionswochen werden fortgesetzt. Hier wird in zusätzlichen Veranstaltungen die Lage der Universitäten diskutiert und werden Lösungsvorschläge entwickelt. Solche Aktionswochen sind eine Chance und auch konstruktiver Bestandteil des universitären Angebots.

Gleichzeitig droht allerdings jetzt die Studierendenbewegung wieder zu erlahmen. Ein Streik hätte nicht nur die Möglichkeit zu einer anhaltenden Medienpräsenz geboten. Denn nur öffentlicher Druck scheint in der derzeitigen Situation in der Lage, die „Re-

- Abkehr vom Modell der Eliteuniversitäten (da sie einer breiten, qualitativ hochwertigen Bildung der Bevölkerung entgegenstehen),
- Stopp der neoliberalen Entwicklung von Bildungs- und Sozialpolitik und eine Aussetzung der Agenda 2010.

Wer in unserer Gesellschaft ernsthaft mehr Bildung möchte, wird nicht umhin kommen, auch mehr Geld als bisher zu investieren. Das bedarf natürlich einer Prioritätenverschiebung in der Haushaltspolitik und eines entschlossenen politischen Willens.

Die Leipziger Studierenden, ProfessorInnen und MitarbeiterInnen der Universität setzen sich für ihre und die Interessen folgender Generationen ein und sind auf Unterstützung aus der ganzen Bevölkerung angewiesen.

• HEINZ VOB

Weitere Hintergründe und Informationen zu den Aktionen und Forderungen der Leipziger Studierenden finden sich unter <http://streik.behaemert.com> (der offiziellen Protest- und Streikseite der Leipziger Uni) und natürlich im Studierendenrat der Universität Leipzig.

Nachdem der Stadtrat am 17. März trotz öffentlichem Protest auch mit PDS-Stimmen den Abriss der Fußgängerbrücke am Goerdelerring beschloss – von den Leipzigern wegen seines einstigen blauen Anstrichs liebevoll „Blaues Wunder“ genannt, erhielt das Unternehmen Industriemontagen Leipzig (IMO) den Zuschlag zum Rückbau der Brücke. Als Betriebsteil des VEB IMO Merseburg im Metall-Leichtbaukombinat (MLK) war es einst an der Fertigung und Montage der Brücke beteiligt. Offenbar gibt es auch in der Stadtverwaltung Unverständnis über den frag-

### „Blaues Wunder“ soll weiterleben

würdigen Stadtratsbeschluss. Denn auf Nachfrage informierte das Tiefbauamt, dass die Brücke an mehreren Wochenenden so zurückgebaut werden soll, dass drei geradlinige Brückensegmente im Ganzen geborgen und zwischengelagert werden können.

Derzeit untersucht das Amt für Verkehrsplanung die Weiternutzung der Teile über Flussläufe. Damit greift keineswegs ein CDU-Ergänzungsantrag, sie als Fußgängerbrücke über die Eisenbahnstrecke bei Altenhain nachzunutzen. Denn für Brücken über Eisenbahnlagen gelten andere Bauvorschriften als für Straßenbrücken.

Vielmehr kommt nun ein fast vergessener PDS-Antrag aus dem Jahre 1991 zur „Bergung und Wiederverwendung von Bauteilen“ zum Zuge. Mit ihm war die Stadtverwaltung aufgefordert worden, von vornherein eine Nachnutzung von Bauteilen und Konstruktionen zu prüfen, zumindest sollte Baustoffrecycling gesichert werden. Damals war es nicht üblich, dass baudenkmalhistorisch wertvolle Bauteile aus nicht mehr erhaltungsfähigen Gebäuden nachgenutzt oder recycelt wurden. Die Großdeponie Gröbern gab es noch nicht einmal auf dem Papier. Die Deponie Seehausen drohte in kürzester Zeit überzuquellen. Aber der Abriss Ost führte bereits zu unkontrolliertem und ungeordnetem Abkippen in den Tagebau Espenhain.

Man sieht – ein aktuell gebliebener Antrag.

• SIEGFRIED SCHLEGEL

## Altenburg

## Es geht eher behutsam voran

Nach längerer Zeit konnte man kürzlich wieder etwas über die Skatstadt in der überregionalen Presse lesen. Auf einer Mülldeponie waren zwei LKW-Ladungen nachgemachter Original Altenburger Spielkarten, sogenannte Raubkopien, im Werte von 500 000 Euro vernichtet worden; der Fälscher aus Dortmund sitzt hinter Schloss und Riegel.

Um die Stadt Altenburg – berühmt durch ihren Ziegenkäse, den schmackhaften Senf, die Spielkartenfabrik, das Theater und das Lindenau-Museum – ist es in den letzten Jahren merklich still geworden. Mancher erinnert sich vielleicht noch an die Auseinandersetzung zweier Käseereien, welche Firma den Markennamen „Altenburger Ziegenkäse“ tragen darf, oder an die Schlachten um die Anerkennung Altenburgs als Skatstadt. Auch die Diskussionen über die Eingliederung der Stadt in die neuen Bundesländer Sachsen oder

hässliches Verkehrssystem mit mehrspurigen Fahrbahnen und asphaltierten Zu- und Abfahrten, die die Landschaft tief zerschneiden und die Natur verunstalten. Die Pisten dienen der Anlieferung von Waren in das ebenfalls am nördlichen Stadtrand entstandene Gewerbegebiet und sind der Beginn einer Umgehungsstraße.

Die Stadt Altenburg versucht, durch eine moderne Infrastruktur Investoren anzulocken. Im 19. Jahrhundert lag der Ort an wichtigen Handelsstraßen und die Märkte florierten. Die Namen „Kornmarkt“ und „Topfmarkt“ im Zentrum weisen noch auf diese Blütezeit hin. Heute ist die wirtschaftliche Situation bescheiden, denn nach der Liquidierung der Braunkohleindustrie und der Abwicklung großer Betriebe, wie des Nähmaschinenwerkes VEB Textima und des VEB Elektrowärme, gab es nur wenige Neuanstellungen. Es ist noch nicht gelungen, ein großes Unternehmen für den Standort zu ge-

legenheit, ihre Karten mit dem angeblich Spielglück bringenden Wasser zu „taufen“. Der Skat ist allerdings kein Lehrfach in den Schulen. Früher hielt sich diese Legende hartnäckig. Wenn man sich irgendwo im Lande beim Skat als Altenburger zu erkennen gab, erntete man Aufmerksamkeit: „Vorsicht! Der ist mit den Karten aufgewachsen.“ Ebenfalls einmal im Jahr wird ein großes Schlossfest in mittelalterlichem Couleur organisiert. Man vergnügt sich in einer Weise, von der man glaubt, dass sie im Mittelalter typisch war: nackte Mägde im Waschzuber, Gaukler und Bänkelsänger auf der Bühne, überall Gesottenes und Bier.

Im Jahre 2005 soll der 550. Jahrestag des berühmten Prinzenraubes von Altenburg mit spektakulären Festwochen (!) begangen werden. Nachgestaltet wird dann, wie die beiden Prinzen Ernst und Albrecht des Kurfürsten Friedrich der Sanftmütige anno 1455 vom Ritter Kunz als Geiseln genommen und entführt wurden. Wie die terroristische Aktion sich abspielte, ist nicht überliefert. Mancher favorisiert das Abseilen vom Burgfenster in die Tiefe.

Es ist kein Geheimnis, dass das tausendjährige Altenburg in den Jahren nach der Wende vor dem baulichen Verfall gerettet wurde. Wenn auf eine Stadt die Bezeichnung „marode“ zutraf, dann auf die frühere Kreisstadt im Bezirk Leipzig. Heute sind große Teile der Altbausubstanz saniert oder nach Abriss wurde Neues geschaffen. Der Leerstand ist allerdings hoch. Die historischen Gebäude, insbesondere das Schloss mit Kirche, Hungerturm und Hausmannsturm, wurden rekonstruiert. Auch das Landestheater mit seiner schönen Freitreppe – einst sang auf dieser Bühne Helge Roswenge und Jürgen Frohriep spielte den Karl Moor in Schillers „Räubern“ – erstrahlt in neuem Glanz. Der Zuspruch ist trotz anspruchsvollem Programm zurückgegangen; um zu überleben, fusionierte man mit dem Theater Gera.

In der Burgstraße, die am Skatbrunnen vorbeiführt, kann man in der altherwürdigen Konditorei & Café Volkstadt erstklassige Torten und Kuchen genießen, darunter die selten gewordene Baiser-Torte. Der Eigentümer und Konditormeister in vierter Generation, Gerd Melwitz, schwört auf niedrige Preise. Die Tasse Kaffee kostet einen Euro, Kuchen und Torte



Mit Skatbrunnen-Wasser „getaufte“ Karten bringen Glück ... Übrigens weltweit das einzige einem Spiel gewidmete Denkmal.

sind auffallend preiswert. Dadurch herrscht reger Zuspruch, viele Rentner trinken nachmittags in dem mit alten Wiener Kaffeehausstühlen und -tischen ausgestatteten Café ihr „Tässchen“. Ungewollt wird der Name Volkstadt Programm, hier verkehren viele kleine Leute. Der Betrieb ist schuldenfrei, eine Modernisierung und die Erneuerung des Außenputzes sind aber bald nicht mehr zu umgehen. Altenburg ist allerdings noch lange nicht „aus dem Schneider“, wie eine Redewendung aus dem Skatspiel sagt. Die aufgrund der wirtschaftlichen Lage gesunkene Kaufkraft schwächt

den Mittelstand und vor allem die Gastronomie. Die Abwanderung hält an. In einer kürzlichen Untersuchung der Zukunftsfähigkeit aller Landkreise und kreisfreien Städte durch das Berlin-Institut für globale Entwicklung steht der Kreis Altenburger Land auf dem letzten Platz. Von einer aufstrebenden Stadt kann deshalb nach Ansicht des Pressesprechers der Stadtverwaltung keine Rede sein. Es geht eher behutsam vorwärts. Den tapfer verbliebenen Einwohnern ist das nur zu wünschen.

• MANFRED BOLS



Das Lindenau-Museum mit seinen weit über die Landesgrenzen hinaus bekannten Sammlungen frühitalienischer Tafelbilder und antiker Vasen, aber auch einer bemerkenswerten Galerie der Neuzeit.

Fotos: Archiv

Thüringen sind Geschichte: Der Kreistag beschloss 1990 den Beitritt der Stadt zum Land Thüringen und negierte damit den Willen der Bevölkerung, die sich in einer Volksabstimmung für Sachsen entschieden hatte. Über die Folgen der Entscheidung kann man spekulieren, Altenburg profitiert heute jedenfalls in erster Linie von der Nähe zur Region Leipzig.

Wenn man sich der Stadt mit dem Pkw vom Norden nähert, fällt die neugestaltete, breitere und begradigte Bundesstraße 93 ins Auge, die sicherer geworden ist. Doch kurz vor dem Stadtrand verwandelt sie sich in ein

winnen.

Die Stadtverwaltung und das Landratsamt sind die größten Arbeitgeber der Stadt – das sagt alles. Die Arbeitslosenquote beträgt seit Jahren 20 Prozent und mehr. Im März 1998 war man mit 25 Prozent sogar Schlusslicht in Deutschland. Viele junge Leute verließen in den letzten Jahren die Stadt; die Einwohnerzahl sank nach der Wende von 53 000 auf 39 000, die Abwanderung dauert an.

In Altenburg scheut man keine Anstrengungen, die Stadt für Touristen attraktiver zu machen. Jedes Jahr wird im Mai das traditionelle Skatbrunnenfest gefeiert, verbunden mit einem großen Skatturnier. Abergläubige Spieler haben dann die

Anzeige

Die Seiten  
ändern  
sich.

www.nd-online.de



Probe-Abo  
030 · 24 04 04 00

Jetzt neue Seiten,  
mehr Inhalt, täglich besser.  
Großes Gewinnspiel + 5. Juni ND-Pressfest



## Veraltet

Ein altgedienter ironischer Spruch in Politik und Leitungspraxis lautet: „Wenn du mal nicht weiter weißt, gründe einen Arbeitskreis.“ So tut es auch Sachsens Ministerpräsident Milbradt. Ein Expertengremium soll den demografischen Wandel untersuchen und Maßnahmen vorschlagen. Von 1989 bis 2003 ist die Einwohnerzahl Sachsens um rund 700 000 gesunken, rund 13 Prozent (ein Vielfaches gegenüber den letzten 14 Jahren der DDR!), weitere rund 600 000 könnten bis 2020 hinzukommen. Dabei ist das Durchschnittsalter auf 42,3 Jahre geklettert, und es könnte in den nächsten zwei Jahrzehnten auf 49 steigen. Gründe sind die Abwanderung vor allem junger Leute und weniger Geburten.

Der Trend ist seit langem evident und die letzten Ursachen auch: fortdauernder gravierender Mangel an Arbeitsplätzen und Lehrstellen und keine überzeugende Aussicht auf eine Besserung. Für diese Erkenntnis braucht man kein Expertenteam, und die zu erwartenden kleinkarierten Maßnahmen werden so wenig bewirken wie die bisherigen. Nötig ist vielmehr eine Politikwende. Wie sie zu bewerkstelligen ist, dafür kann man sich beispielsweise im Landesentwicklungskonzept der sächsischen PDS „Aleksa“ viele interessante Anregungen holen. • G. L.

## Nach Gerichtsurteil:

# PDS-Bürgermeister im Anmarsch?

VON INGRID MATTERN

Das Dresdner Verwaltungsgericht hat jetzt ein mutiges Urteil gesprochen: Demokratie ist mehr als die Durchsetzung des Willens einer Mehrheit. In Dresden besteht diese Mehrheit aus der CDU, und die drückte 2001, gestützt auf ihre 36 Stadträte (von insgesamt 70) ihren Mehrheitswillen durch und besetzte alle Beigeordnetenposten nach ihrem Geschmack. Weder der PDS noch der SPD wurde dabei eine Chance gelassen.

Das Gerichtsurteil muss jetzt allerdings erst auf den Instanzenweg. Und ob sich das Oberverwaltungsgericht entschließt, die bisher in Sachsen übliche Rathaus-Praxis in Frage zu stellen, ist abzuwarten. Dennoch muss die Auslegung der Sächsischen Gemeindeordnung hinterfragt werden. (Die einstmals von der baden-württembergischen abgeschrieben worden ist. In Westdeutschland allerdings brauchte sich bis dato niemand mit der „leidigen“ PDS herum-

schlagen und womöglich gerichtsfeste Sperrklauseln für die Linksozialisten erfinden). In allen sächsischen Großstädten wurde die jetzt gültige Gemeindeordnung anders ausgelegt, als es das Gerichtsurteil besagt. Wird es in der Revision bestätigt, dann wären nicht nur in Dresden beigeordnete PDS-Bürgermeister im Anmarsch.

Die PDS ist in Dresden die stärkste Oppositionspartei. Mindestens das wird sie auch nach dem 13. Juni sein. Das wissen alle, auch der sächsische Gesetzgeber, also der Landtag. In den Dresdner Zeitungen werden inzwischen Vermutungen darüber angestellt, welche Bürgermeisterposten die PDS für sich reklamiert: Wirtschaft, Kultur, Stadtentwicklung?

Mir gefällt daran nicht, dass der Eindruck erweckt wird, als wären wir nur gewillt, diejenigen Bürgermeisterposten zu beset-

zen, die derzeit von einer allseits bekannten Unfähigkeit dominiert sind. Freilich liegen gerade, und nicht zufällig, dort seit Jahren unsere Schwerpunkte und Kompetenzen. Soziale Stadtentwicklung, Kultur, der Mittelstand sind die drei zentralen Politikfelder der PDS, auch im Kommunalwahlprogramm 2004.

Sollte sich das Urteil bestätigen, dann bleibt abzuwarten, ob es vor der Neuwahl von Beigeordneten eine Neustrukturierung der Dezernatsbereiche geben wird. Im Zusammenhang mit der notwendigen Funktionalreform ist das nicht ganz auszuschließen. Und dann werden die Karten womöglich völlig neu gemischt. Bevor sie aber auf den Tisch kommen, wird am 13. Juni gewählt. Und der neue Stadtrat wird es vielleicht besser verstehen, mit demokratischen Entscheidungen umzugehen.

Ingrid Mattern ist Vorsitzende des Dresdner PDS-Stadtverbandes

## Am Vorabend der EU-Erweiterung

# Zu Besuch bei Sorben der Oberlausitz

LN. Stipendiaten der Rosa-Luxemburg-Stiftung aus Deutschland und mehreren osteuropäischen Ländern haben sich drei Tage lang in der Oberlausitz mit der Situation der sorbischen Minderheit am Vorabend der EU-Erweiterung befasst. Sie besuchten den sorbischen Schriftsteller Jurij Brézan und hatten eine Zusammenkunft mit der PDS-Landtagsfraktion auf dem Gelände der Sorabia Agrar-Aktiengesellschaft in Neudörfel. Gastgeber Benedikt Rehde, Vorstandsvorsitzender der Sorabia AG, stellte fest, dass auch seine Firma unter der nicht mehr kalkulierbaren Politik der Bundes-

regierung auf dem Gebiet der Wirtschaft und des Verbraucherschutzes leide. Ausdrücklich würdigte er die Unterstützung durch PDS-Landtagsabgeordnete im Kampf gegen die Schließung der Sorbischen Mittelschule Crostwitz.

Die PDS-Fraktionen Brandenburg und Sachsen hatten schon im Jahr 2000 einen Lausitz-Kongress in Hoyerswerda veranstaltet und auf der Basis umfangreicher Vorarbeiten ein gemeinsames Lausitz-Konzept verabschiedet. Für eine abgestimmte Politik im Sinne der Sorben setzt sich seit Jahren der sächsische PDS-Landtagsabgeordnete

Heiko Kosel ein. Dass er in der Region sehr geschätzt wird, erfuhren die Stipendiaten in Begegnungen mit Vertretern des Sorbischen Jugendverbandes Pawk, des Sorbischen Instituts, des Sprachzentrums Witaj oder beim Besuch auf dem Hof der Familie Wjesela in Crostwitz. Mit dem Studienaufenthalt bereiten die Stipendiaten einen Workshop zur EU-Regionalpolitik im Sommer 2004 bei Krakow vor. Sie studierten die Chancen, die die Osterweiterung für Grenzregionen im ländlichen Raum bieten könnte, und gewannen Einblicke ins Leben der sorbischen Minderheit.

## PDS-Gesetzesinitiative Wann sollen Amt oder Mandat verloren gehen?

LN. Die PDS-Fraktion hat einen Gesetzentwurf in den Landtag eingebracht, mit dem 15 Jahre nach der Wende in der DDR „Übergangsbestimmungen“ in der Sächsischen Verfassung zu streichen sind, die sich – nach den Worten von MdL Klaus Bartl – „der rein repressiven Bewältigung der DDR-Vergangenheit annehmen“. Das sei eine Frage des rechtsstaatlichen Prinzips der Verhältnismäßigkeit der Mittel. Selbst bei schweren Straftaten seien nach so langer Zeit rechtliche Konsequenzen nicht mehr möglich. Daran müsse sich auch die staatliche Reaktion auf tatsächliches oder vermeintliches Unrecht zu DDR-Zeiten messen.

Nach dem Gesetzentwurf ist die sogenannte Stasi-Überprüfung für Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes, Gemeinde- und Kreisräte, Bürgermeister, Landräte und Freiberufler zu beenden. Zugleich soll es keine Anklage gegen Abgeordnete oder Minister mit dem Ziel der Aberkennung des Mandates oder Amtes wegen DDR-Vergangenheit mehr geben.

Stattdessen sollen Abgeordnete und Minister dann ihr Mandat bzw. Amt verlieren können, wenn sie ihre politische Stellung nachweislich missbraucht haben, um sich oder anderen in gewinnsüchtiger Absicht Vorteile zu verschaffen. Ihr Amt verlieren sollen generell Politiker, die – gleich in welchem System – vor oder nach Amtsantritt gegen Grundsätze der Menschlichkeit und Rechtsstaatlichkeit verstoßen haben. Die Unvereinbarkeit von Ministeramt und Abgeordnetenmandat soll in der Verfassung fixiert werden, um die vom Kabinett Milbradt verletzte Gewaltenteilung zwischen Landtag und Regierung wiederherzustellen.

## 13. April

**Dresden.** Die Gewerkschaft der Polizei in Sachsen warnt vor einem Kriminalitätsanstieg nach der ab 1. Mai wirksamen EU-Erweiterung. Insbesondere Diebstähle und Drogenhandel drohen anzusteigen.

**Dresden.** Mit dem Einsetzen des letzten Steins in die Kuppel ist die Außenhülle der Frauenkirche fertiggestellt.

## 14. April

**Leipzig.** Die Stadt liegt in einer bundesweiten Studie der Zeitschrift „Wirtschaftswoche“ zur Lebensqualität in den 50 größten deutschen Städten vor Halle auf dem 49. Platz.

**Dresden.** Das Landgericht entscheidet, dass die Wahl der Bürgermeister der Stadt im August 2001 ein Verstoß gegen die Sächsische Gemeindeordnung und damit unwirksam ist, weil CDU, FDP und DSU nur ihre Kandidaten durchsetzten und die Opposition nicht berücksichtigten.

**Dresden.** Kurz nachdem sich Ministerpräsident Milbradt und Innerminister Rasch hinter den skandalumwitterten

sächsischen Polizeipräsidenten Pilz gestellt haben, werden gegen diesen neue Vorwürfe laut. Eine als Dienstreise deklarierte dreitägige Reise von Pilz und Innenstaatssekretär Antoni nach Tschechien erweist sich als Vergnügungstour.

## 17./18. April

**Leipzig.** Am Wochenende nach der Eröffnung besuchen 86 000 Interessenten die *Auto Mobile International*, die mit 440 Aussteller aus 17 Ländern eine höhere Beteiligung als im Vorjahr aufweist.

## 18. April

**Dresden.** Landesvorstand und Landesrat der PDS ermitteln in geheimer Wahl einen gemeinsamen Vorschlag für die Landesliste zur Landtagswahl. Er wird der Vertreterversammlung am 8. und 9. Mai als Empfehlung vorgelegt.

## 19. April

**Hannover.** Auf der Industriemesse sind 155 Aussteller aus Sachsen präsent, darunter 77 aus der Region Dresden, 57 aus Chemnitz und 21 aus Leipzig.

**Chemnitz.** Die SPD-Mitgliedschaft des Bevollmächtigte der IG Metall Sieghard Bender gilt nach dem Verstreichen einer Bedenkzeit als erloschen. Er hatte seine Unterstützung für ein Wahlbündnis zu den Kommunalwahlen am 16. Juni bekundet, das in Opposition zur Politik der Parteiführung steht.

## 20. April

**Dresden.** Wie der Wahlleiter mitteilt, treten zur Europawahl in Sachsen 22 Parteien an, zwei mehr als 1999.

## 21. April

**Dresden** Ein Expertenrat wird sich mit

# SACHSEN-CHRONIK

13. bis 26. April

der zunehmenden Überalterung der Bevölkerung Sachsens beschäftigen, kündigt Ministerpräsident Milbradt an. Er soll Maßnahmen zu Fragen des demografischen Wandels erarbeiten. (S. o.)

**Zwickau.** Studenten der Hochschule Zwickau treten in einen mehrtägigen Streik, um gegen Sparmaßnahmen in der Bildungspolitik zu protestieren.

## 22. April

**Dresden.** Der Landtag beschließt mit den Stimmen von CDU, SPD und eines PDS-Abgeordneten ein zweites Gesetz zur Abbaggerung von Heuersdorf, nachdem das Verfassungsgericht die erste Fassung abgelehnt hatte. Die Gemeinde will weiter für ihren Erhalt kämpfen.

## 24. April

**Dresden.** Bei einem Hearing der PDS-Landtagsfraktion zum Thema „Hartz oder Arbeit?“ fragen 80 Betroffene und Experten in einer Erklärung: „Warum muss Deutschland an den Erwerbslosen 5,6 Mrd. Euro sparen, während es den Spitzenverdienern gleichzeitig das Vielfache an Steuern schenkt?“

Fast auf den Tag genau vor einem Jahr, am 1. Mai 2003, verkündete Präsident Bush vollmundig das Ende der Hauptkampfhandlungen im Irak. Seitdem eskaliert dort der an Gewalt und Eigendynamik zunehmende bewaffnete Widerstand gegen die Besatzer. Nach offizieller amerikanischer Deutung, die durch ein relativ breites Spektrum von „Irak-Kennern“ hemmungslos kolportiert wird, ist dieser Widerstand kurz und bündig das Werk eines Sammelsuriums von Terroristen, das sich zusammensetzt aus Anhängern des gestürzten Saddam-Regimes sowie aus militanten extremistischen islamischen Gruppen, die aus dem Ausland stammen und der Al-Kaida nahestehen. Diese Lüge steht in krassem Widerspruch zur Wirklichkeit des Kampfes eines Volkes, das infolge zweier mörderischer Kriege und einer von der UNO sanktionierten, mehr als zehnjährigen unmenschlichen Wirtschaftsblockade geschunden, dezimiert, gänzlich verarmt, aber dennoch nicht gebrochen, sich dem derzeitigen Besatzer nicht zu beugen gewillt ist.

### Solidarisch unterstützt von der Bevölkerung

Geirrt haben sich auch all jene, die diesem Widerstand mit der Verhaftung Saddams ein baldiges Ende prophezeiten. Im Gegenteil. Erst danach erfasste der Widerstand neben Bagdad die Mehrzahl der Regionen des Landes und erhält aus der Bevölkerung breite Unterstützung, ohne die er nicht aktionsfähig wäre. Dieser Widerstand ist in der Hauptsache militärisch wirksam. Er entstand unmittelbar nach der erklärten Beendigung der Hauptkampfhandlungen. Getragen wurde er zunächst von jungen irakischen Offizieren sowie von anderen national gesinnten Kadern der irakischen Armee und ihrer Gefolgschaft. Diese behielten ihre leichten und mittelschweren Waffen samt Munition und zogen sich zuerst dorthin zurück, wo sie am ehesten Unterstützung erhoffen konnten, nämlich in ihre eigenen Regionen, Städte, Dörfer und Stämme. Von hier aus wandten sie sich in Scharmützeln oder aus Hinterhalten gegen Züge der Besatzer, gegen Konvois leicht gepanzerter Wagen, gegen Stabszentralen sowie Kommandoposten, gegen Hubschrauber oder in geringer Höhe operierende Flugzeuge.

Diesem bewaffneten Widerstand gelang es nach der Gefangennahme Saddam Husseins durch die Besatzer, die patriotisch gesinnten Anhänger des entmachteten Präsidenten, die zur Fortführung des Kampfes gegen die Besatzung bereit waren, allmählich in seine Reihen zu integrieren. Ihm gelang es auch, eigene Leute in die von den Besatzern neu formierte Polizei einzuschleusen. Diese Aktivitäten waren möglich geworden dank der wachsenden Unterstützung durch die irakische Gesellschaft. Unter nach wie vor desolaten Lebensbedingungen konnte sie sich immer mehr davon überzeugen, dass die alleinige Motivation des bewaffneten Widerstandes der Patriotismus und seine hauptsächlich Feinde die Besatzungsmacht, die mit ihr kooperierende Polizei und die fremden Kontingente der „Allianz der Willigen“ waren.

### Ausländische Aktionen spielen Besatzern in die Hände

Da der bewaffnete Widerstand heterogen zusammengesetzt ist, haben es seine Teilnehmer bislang gut verstanden, ihre inneren ethnischen, religiösen und sonstigen Konflikte dem gemeinsamen nationalen Ziel unterzuordnen, nämlich der Vertreibung der Besatzung aus der Heimat.

# Irak wehrt sich gegen seine Besatzer

Von Prof. Dr. Sarkis Latchinian

Im Gegensatz dazu sind die hauptsächlich aus dem benachbarten Ausland stammenden Widerstandslegionäre auf die Durchführung spektakulärer Aktionen spezialisiert, ohne Rücksicht auf die Opfer. Zu diesen Aktionen zählen u.a. die Anschläge gegen die Zentrale des Internationalen Roten Kreuzes sowie gegen den Sitz der UNO in Bagdad. Ähnliche Anschläge haben sie seinerzeit auch in

früheren Baathisten, die sich von Saddam Hussein abgewandt haben, da dieser die Ideale der Baath-Partei diskreditiert, das Land in unzähligen Kriegen ruiniert sowie die Einheit der arabischen Welt, die soziale Revolution und den Laizismus verraten habe. Damit erlebt der Irak die Wiederkehr der früheren nationalen Strömungen, die nach der Logik der Dinge zur Einigung und Stärkung des

Allein in den letzten Tagen sind in der mehrheitlich sunnitischen Stadt Falludsha mehr als 600 zivile irakische Todesopfer und Tausende Verletzte zu beklagen. Die heilige schiitische Stadt Nadshaf befindet sich im Belagerungszustand. Im Gange sind regelrechte opferreiche Straßenschlachten zwischen den Kämpfern des Schiitenführers Al-Sadr und der US-Armee. Die Zahl der US-amerikanischen Todesopfer überschritt in den ersten zwei Wochen des April 2004 die Hundertgrenze, und ihre Gesamtzahl macht seit dem Einmarsch im Irak mehr als 700 aus. Dazu kommen noch über 3000 Schwer- bzw. Schwerstverletzte und über 10 000 weitere verletzte US-Soldaten.

Das US-amerikanische Vorhaben, die offene Konfrontation mit der traditionell konservativen und bislang auf Verständigung mit der Hauptbesatzungsmacht bedachten Strömung der schiitischen Gemeinde im Irak auf jeden Fall zu vermeiden, ist durch den Aufstand unter Führung Al-Sadrs zunächst völlig fehlgeschlagen. Notgedrungen muss die US-Armee mit ihren Verbündeten nun seit einigen Wochen an zwei Fronten kämpfen: gegen die Sunniten um die Festung Falludsha und nunmehr gegen die Schiiten um die heilige Stadt Nadshaf.

Diese neuerliche und unerwartete Ausweitung der Kriegshandlungen im Irak findet zu einer Zeit statt, wo Spanien – ehemals einer der eifrigsten Verfechter der sogenannten Koalition der Willigen – nach dem Wahlsieg der Sozialisten seine Ankündigung wahr macht und seine Truppen vor den Augen der Welt und unter dem Jubel der Spanier aus dem Irak nach Hause holt. Dem Beispiel Spaniens folgten bislang die mittelamerikanischen Staaten Honduras, die dominikanische Republik und Nikaragua. Thailand würde seine Truppen ebenfalls abziehen, sollte sich die Situation verschlimmern, während Norwegen seinen Truppenabzug zum 1. Juli schon definitiv angekündigt hat. Weitere Länder werden folgen. Die US-geführte Koalition im Irak ist damit sichtlich ins Wanken geraten.

### Ein „freies“ Irak mit der weltgrößten US-Botschaft

Angesichts dieser für die USA katastrophalen Entwicklungen sah sich Präsident Bush veranlasst, sein Land und seine Partner auf den bisherigen Kurs einzuschwören: die US-geführte Koalition werde sich „aus dem Irak nicht vertreiben lassen“, und im übrigen halte er an der geplanten Übergabe der Macht im Irak am 30. Juni fest. Dabei blieb allerdings offen, an w e n e r eigentlich die r e a l e Macht im Irak übertragen wolle. Dass er keinesfalls beabsichtigt, sie dem irakischen Volk anzuvertrauen, lässt sich nicht zuletzt der Tatsache entnehmen, dass ab 1. Juli 2004 als Nachfolger des „Zivilverwalters“ Paul Bremer der heutige UNO-Botschafter der USA mit Vietnam-Erfahrung John Negroponte die mit 3000 vorgesehenen Mitarbeitern größte US-amerikanische Botschaft der Welt in Bagdad leiten wird...



Foto: Fiebelkorn

„Jährlich verunglücken zu viele Soldaten der Bundeswehr – besonders während der Freizeit – mit ihren Privat-Kfz im Straßenverkehr“ – so heißt es in den „Grundsätzen zum Verkehrssicherheitsprogramm der Bundeswehr“. Traurig. Gewiss. Aber verunglücken nicht auch ebenso viele Mitarbeiter des Konsum, von Fielmann oder Müller-Milch mit ihren Privat-Kfz in ihrer Freizeit im Straßenverkehr? Also wäre es doch nur folgerichtig und zudem im Sinne der Sozialpflichtigkeit des Eigentums, dass auch sie mit Ständen auf der Leipziger Automesse für sich werben – nämlich „aus Verantwortung der Vorgesetzten“ für die ihnen Unterstellten, so wie die Bundeswehr es tut. Da können sich andere PR-Strategen wahrlich abgucken, wie man seine „Akzeptanz bei der Bevölkerung“ hebt (auch ein schriftlich festgehaltenes Ziel, diesmal konkret anlässlich des bereits dritten Bundeswehr-Auftrittes zur Leipziger Buchmesse). • mx

Daressalam, in Nairobi, in Bali, in Riad und andernorts verübt. Mit solchen blutigen Aktionen spielen ihre Urheber letztlich den Besatzern im Irak in die Hände, die sie dafür missbrauchen, den bewaffneten Widerstand im Irak in Verruf zu bringen und diesen mit dem internationalen Terrorismus zu identifizieren. Durch ihre ausländischen Gönner mit großen Geldsummen und Waffen versehen, können diese Gruppen weiterhin, leider auch im Irak, ähnliche Aktionen wiederholen. Obwohl sie in bestimmten irakischen islamistischen Kreisen auf Sympathie stoßen und mit ihnen zusammenarbeiten, werden sie doch vom überwältigenden Teil der irakischen Gesellschaft abgelehnt, was sie letztlich isolieren dürfte. Gleichzeitig formieren sich nach einer langen Periode der Lähmung und der Illegalität unter Saddam Husseins Regime, patriotische Bewegungen im Irak, die vorwiegend der schiitischen Gemeinde zuzuordnen sind. Das sind 1. die arabisch-nasseristische Strömung, 2. die kommunistische Strömung, die sich grundsätzlich gegen den im Provisorischen Regierungsrat als Mitglied wirkenden Führungsfunktionär der KP Iraks positioniert, und 3. die Sammlung der

Widerstandes gegen die Besatzer führen dürfte.

### Schiitischer Aufstand war für unmöglich gehalten

In Ergänzung dazu erfährt der bewaffnete Widerstand im Irak neuerdings auch eine unaufhaltsame geographische Ausdehnung und wachsende Unterstützung durch neue Schichten der irakischen Gesellschaft. So hat sich in den letzten Wochen die schiitische Gemeinde Iraks, die über 60 Prozent der Iraker ausmacht und bekannt ist für ihre relative politische Heterogenität, öffentlich mit dem bewaffneten Widerstand des jungen Schiitenführers Muktada al-Sadr solidarisiert, der für den Abzug der Besatzungsmacht aus dem Irak kämpft und dadurch dem irakischen Widerstand neuen Aufschwung sowie eine so nie dagewesene nationale Dimension verleiht. Seitdem ist der Irak in einen noch vor wenigen Wochen unvorstellbaren Aufruhr geraten. Nach dem schiitischen Aufstand unter Führung von Al-Sadr ist die US-Armee im Irak mit ihren Verbündeten der Koalition der Willigen in opferreiche Kampfhandlungen verwickelt. Damit ist der Widerstand im Irak neuerdings in einen „Krieg dem Kriege“ gemündet.

Vor 90 Jahren

# Urlaub angesagt, die Fahne eingezogen

## Die Leipziger Arbeiterschaft und der drohende erste Weltkrieg

In gewaltigen Aktionen bekundete die Leipziger Arbeiterschaft in den Jahren und Monaten vor dem ersten Weltkrieg ihre Antikriegshaltung. So zogen am 27. Oktober 1912 von verschiedenen Stellplätzen aus etwa 90 000 Demonstranten durch die Straßen Leipzigs zum Messplatz, auf dem sie sich zu einer mächtigen Antikriegs-Kundgebung vereinigten. In einer einmütig angenommenen Resolution, die auf die drohende Gefahr eines Weltkrieges hinwies, brachten sie die Entschlossenheit der Leipziger Arbeiterschaft zum Ausdruck, „im Verein mit den klassenbewussten Arbeitern der anderen Länder alles daranzusetzen, um einen

gegen den Militarismus muss daher ein Kampf gegen seine Wurzeln, gegen den Imperialismus, gegen den Kapitalismus, für den Sozialismus sein.“ Vorbei schien auch in Leipzig die Zeit zu sein, da, wie W. I. Lenin am 29. November 1913 schrieb, „der ‚deutsche Michel‘ unter der Obhut der preußischen Purischkewitsch und bei außerordentlich günstigem Verlauf der kapitalistischen Entwicklung in Deutschland friedlich schlummerte“.

Doch wie generell in der sozialdemokratischen Partei, waren auch in Leipzig die rechten Führer, die nach dem Tode von August Bebel am 13. August 1913 an Einfluss stark gewonnen hatten, nicht gewillt, derartige Beschlüsse zur Grundlage ihres Handelns zu machen. Das wurde besonders deutlich am 1. Mai 1914. Statt den internationalen Kampftag des Proletariats zu einer gewaltigen Aktion der Leipziger Arbeiterschaft gegen die größer gewordene Weltkriegsgefahr zu machen, orientierten die Leipziger SPD- und die Gewerkschaftsführung auf eine begrenzte Anzahl von Kundgebungen in geschlossenen Räumen.

Als sich entsprechend dieser Orientierung am Vormittag des 1. Mai 1914 Teile der Leipziger Arbeiterschaft in fünf Lokalen versammelten – es handelte sich um die Lokale „Volkshaus“, „Felsenkeller“, „Schillerschlößchen“, „Schloßkeller Reudnitz“ und „Gasthof Neu-Reudnitz“ –, waren trotz schlechten Wetters die Säle überfüllt. Einstimmig wurde in allen Versammlungen eine einheitliche Resolution angenommen, die den Willen zu einer revolutionären Klassenpolitik widerspiegelte. Aber die Mehrzahl wollte nicht nur in Form einer Resolution gegen die Kriegspolitik protestieren. Sie zwangen durch ihre kampfschlüssige Haltung den von rechten Kräften beherrschten SPD-Bezirksvorstand Leipzig, seine Absicht, am 1. Mai 1914 in Leipzig keine Straßendemonstrationen



Weltkrieg zu verhindern.“ Sollte es jedoch nicht gelingen, den Ausbruch eines Weltkrieges zu vereiteln, würde dieser „alle die gewaltigen sozialen Gegensätze, die die modernen bürgerlichen Gesellschaften zerreißen, zum Austrag bringen und einen revolutionären Umwälzungsprozess einleiten, der nur enden kann mit dem Zusammenbruch der kapitalistischen Produktionsweise und dem Übergang zum Sozialismus“.

Mit gleicher Entschiedenheit protestierte die Leipziger Arbeiterbewegung im April 1913 gegen die Forderungen der neuen Militärvorlage im Reichstag. „Die Politik der gigantischen Rüstungen“, hieß es in der Resolution, die in sieben sozialdemokratischen Versammlungen angenommen wurde, „ist das Erzeugnis des Imperialismus, der neuesten Phase des Kapitalismus, des Strebens der herrschenden Klassen nach Erweiterung ihres Ausbreitungsgebietes und des feindlichen Gegensatzes, der daraus zwischen den herrschenden Klassen der großen Weltmächte erwächst“. Und in Erkenntnis der sozialökonomischen Basis des Militarismus bekundeten die Leipziger Sozialdemokraten: „Der Kampf

**Acht Stunden Erholung!**

## Zum Festtag der Arbeit!

**Arbeiterklub! – Achtkundentag!**

**Proletarier aller Länder vereinigt Euch!**

**Vormittags-Feier:**  
Ausflug nach Stötteritz.

**Grosser Kommers in der Festhalle**

**Abend-Feier:**  
**Mai-Kommers**

Am 1. Mai 1914

durchzuführen, zu korrigieren. So zogen die Teilnehmer der Versammlungen, nachdem sie sich im JohannaPark zu einem gemeinsamen Demonstrationszug vereinigt hatten, zum „Braureigarten“ in Leipzig-Stötteritz, wo Richard Lipinski, Vorsitzender des SPD-Bezirksvorstandes Leipzig, in einer Rede das Wetterrüsten verurteilte und den proletarischen Internationalismus hervorhob. Aus Furcht vor der Resonanz dieser Demonstration, an der sich etwa 18 bis 20 000 Arbeiter beteiligten, hatte das Leipziger Polizeiamt den Demonstranten die Mitführung von Fahnen und Standarten sowie das Spielen bestimmter Lieder, wie z. B. des Sozialistenmarsches und der Arbeiter-Marseillaise, verboten. Ängstlich sorgten rechte SPD- und Gewerk-

schaftsfunktionäre dafür, dass alle Gebote und Verbote des Polizeiamtes befolgt wurden. Sie wagten nicht einmal den leisesten Widerspruch, als die Polizei forderte, die auf dem „Volkshaus“ anlässlich des internationalen Kampf-tages des Proletariats gehisste rote Fahne einzuholen.

Am 15. Juli 1914 teilte die LVZ mit, dass das SPD-Bezirkssekretariat vom 16. Juli bis 9. August geschlossen sei. Offensichtlich gedachte der sozialdemokratische Leipziger Bezirksvorstand in Urlaub zu gehen, obwohl sich die internationale Lage in diesen Tagen nach der Ermordung des österreichischen Thronfolgers in Sarajewo von Tag zu Tag verschärfte.

Somit war festzustellen, dass auch in Leipzig, einem Zentrum der deutschen Sozialdemokratie, die Arbeiterbewegung am Vorabend des Ersten Weltkrieges ungenügend gerüstet war. Ihr fehlte das Vermögen, das Rosa Luxemburg in ihrer Rede am 27. Mai 1913 in Leipzig-Plagwitz mit den Worten umrissen hatte: „Wir müssen jenen Mut, jene Entschlossenheit und Rücksichtslosigkeit in der Verfolgung unserer Aufgaben zeigen, die von den bürgerlichen Revolutionären aufgebracht wurde, die Danton zusammenfasste, als er sagte, in bestimmten Situationen brauche man als Parole nur drei Worte: Kühnheit, Kühnheit und noch einmal Kühnheit.“

• KURT SCHNEIDER

Über die weitere Entwicklung in Leipzig vor 90 Jahren wird LN in der zweiten Juli-Ausgabe 2004 berichten.

**Verband der Metallindustriellen im Bezirk Leipzig**

**Bekanntmachung.**

1. Der Verband erachtet für sämtliche Arbeiter für unzulässig, mit allen Festlichkeiten und Übungen gegen die Regierung einander zu unterstützen, welche ab am 1. Mai n. v. befristet sind.
2. Jedem Arbeiter liegt die Pflicht ob, etwaige Befehle von Arbeitern aus Beobachtung für den 1. Mai abzulehnen zu verweigern.
3. Jedem am 1. Mai nur einzigen Arbeiter – ohne sachweilich gerechtfertigten Grund – zu fehlen, wird nicht erlassen werden.
4. Wenn in einem Betriebe, der Arbeiter keine, so liegt es dem Arbeiter ob, nach einem zulässigen Urtheile sich bis zum vollständigen Betriebe keine Arbeiter zu stellen.
5. Wegen Arbeitsverweigerung am 1. Mai entbehren Arbeiter keine mit anderen Teilen aus nur von ihrem allein Arbeitgeber wieder eingezahlt werden.
6. Arbeiter, welche zulässig den 1. Mai entlassen werden, dürfen während der folgenden 6 Wochen in keinem anderen Betriebe des Bezirks Aufnahme finden.
7. Es empfiehlt sich, daß die Arbeiter über Arbeiter in entsprechenden Weise auf die ersten Arbeitstage einen etwaigen Arbeitsverweigerung abwarteten machen.

Leipzig, am 25. April 1914.

Ein Unternehmerrlass vom 25. April 1890

Der 1. Mai 1929 in Berlin ist in der Geschichte als „Blutmai“ markiert.

Schuld daran trug das Demonstrationsverbot des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Karl Friedrich Zörgiebel für jegliche Kundgebungen unter freiem Himmel. Linke Sozialdemokraten, wie Paul Levi oder Kurt Rosenfeld, aufrechte Demokraten, wie Carl von Ossietzky oder Otto Nuschke, warnten bereits im Vorfeld vor den Folgen einer solchen Provokation, den traditionellen Kampftag der Arbeiter wie zu Kaisers Zeiten zu verfolgen. Auch der Ausschuss zur Untersuchung der Berliner Maivorgänge gelangte am 6. Juni 1929 im Großen Schauspielhaus vor 4000 Anwesenden zu dem Urteil, dass „die Schuld an diesen Unmenschlichkeiten des furchtbaren Blutmai 1929 Herr Zörgiebel trage“. Es war mehr als makaber, dass die sozialdemokratische Regierungsrige im Reich, Reichskanzler Hermann Müller und Innenminister Carl Severing, und in Preußen, Ministerpräsident Otto Braun und sein Innenminister Albert Grzesinski, das Vorgehen Zörgiebels duldeten bzw. beförderten. Weder 1918/19 noch danach war es regierenden Sozialdemokraten gelungen, den 1. Mai zum gesetzlichen Feiertag zu erheben, lediglich in Braunschweig, Hamburg und Sachsen war er gesetzlich legitimiert worden. Dennoch waren Kundgebungen einschließlich der Arbeitsbefreiung für die Werktätigen zum Gewohnheitsrecht geworden. Noch ein Jahr zuvor hatten sich SPD sowie KPD gemeinsam mit den Gewerkschaften zu einer imposanten Manifestation in der Hauptstadt gegen Aufrüstung und sozialen Kahlschlag zusammengefunden. Aber nun ging man auf Konfrontationskurs. Es war Ausdruck für das sich verschärfende Verhältnis zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten, aber ebenso der sinkenden Glaubwürdigkeit des Kabinetts Hermann Müller geschuldet, resultierend aus dem Widerspruch zwischen Wahlversprechungen, wie „Kinderspeisung gegen Panzerkreuzer“, die sich nun in der Praxis in ihr Gegenteil verkehrten. Das rief eine zunehmende Opposition in der SPD gegen die arbeiterfeindliche Koalitionspolitik auf den Plan. Hinzu kam die schwächelnde Konjunktur, die wachsende Arbeitslosigkeit, Lohnabbau und weitere Forderungen der Industriebosse befürchten ließ. Das alles war begleitet von massiven Verleumdungen der kommunistischen Bewegung. Die sozialdemokratische und bürgerliche Presse überschlug sich mit Unterstellungen von Umsturzversuchen der KPD, um die Provokation Zörgiebels zu rechtfertigen. Am 26. April verurteilte das Großberliner Maikomitee bei



## Der Blutmai in Berlin vor 75 Jahren

Dominanz der Kommunisten, die Entscheidung des Polizeipräsidenten, warnte vor einem Blutvergießen unter den unbewaffneten Demonstranten. Am 1. Mai folgten etwa 200 000 Berliner Arbeiter dem Aufruf zur Verteidigung des traditionellen Kampfjahres. Die Schutzpolizei ging mit blinder Gewalt gegen sie vor, machte Gebrauch von der Schusswaffe, steigerte ihre Ausschreitungen „bis zum eiskalten Mord!“ (Carl von Ossietzky). Im roten Wedding und in

Neukölln entwickelten sich spontan Barrikadenkämpfe. Die Polizei antwortete mit Maschinengewehren und Panzern. Die KPD empfahl den Kämpfenden, sich zurückzuziehen, um weitere Opfer zu vermeiden und sich nicht vorzeitig in aussichtslose Gefechte verwickeln zu lassen. Das entsprach der Diktion eines Papiers der KPD, das forderte, „einen friedlichen und unbewaffneten Charakter der Demonstration zu sichern“ sowie abenteuerlichen Tendenzen entgegenzu-

Bild oben: Polizeiterrord in der Kösliner Straße in Berlin-Wedding am 1. Mai 1929

Unten: Ernst Thälmann spricht am 8. Mai 1929 am Grabe der Opfer in Berlin-Friedrichsfelde

wirken. Dennoch wurde ein hoher Blutvoll erbracht. Eine bleibende Schuld: Mehr als 30 Tote, 194 Verletzte, mehr als 1200 Inhaftierte. Die Polizei beklagte einen Verletzten.

Es folgte der Ausnahmezustand, ein zeitweiliges Verbot der Presse der KPD, und schließlich wurde der Rotfrontkämpferbund durch Innenminister Severing im Reich verboten.

Auf diesem Hintergrund erhielt die verhängnisvolle Sozialfaschismusthese neuen Auftrieb und machte die Einheitsfrontpolitik der KPD unglaubwürdig. Die Partei setzte auf einen neuen revolutionären Aufschwung, verbunden mit einer „Linkswende“ und ihrer Stalinisierung.

Auch die antikommunistische Ausgrenzungspraxis der SPD war kaum geeignet, die verhärteten Fronten zwischen den beiden Flügeln der Arbeiterbewegung aufzubrechen. Beide Seiten waren auf ihr Feindbild eingeschworen und zunehmend unflexibel gegenüber der sich rasch verändernden Situation mit dem Anwachsen der faschistischen Gefahr.

Der linke Sozialdemokrat Kurt Rosenfeld zog aus den tragischen Ereignissen ein bedenkenswertes Resümee:

„Die Berliner Maivorgänge haben die Kluft zwischen Sozialdemokraten und Parteikommunisten mit Arbeiterblut gefüllt. Die Zerklüftung des Proletariats ist noch größer geworden... Das Bürgertum steht lächelnd dabei. Die Bourgeoisie schickt sich an, zu ernten, während die Arbeiterschaft durch innere Kämpfe abgelenkt und geschwächt ist. Die soziale Reaktion stößt auf allen Gebieten vor. Die politische Reaktion wartet auf den geeigneten Moment, nachzustoßen.“

• HELMUT ARNDT

Der 1. Mai ist nicht nur seit 114 Jahren ein Tag der Bekundung sozialer und politische Rechte und zugleich Feiertag der arbeitenden Menschen. Er war vielmehr auch voller realer Geschehnisse – unterschiedlichen Gewichts, aber auf jeden Fall bemerkenswert –, die das Fortschreiten auf dem Wege der Befreiung von der Macht des Kapitals sinnfällig verdeutlichen, aber auch die Härte des Widerstandes der Reaktion spüren ließen.

**1. Mai 1909.** Der Deutsche Reichstag lehnt den Antrag der Sozialdemokraten ab, im Rahmen der Reichsfinanzreform statt indirekter Steuern eine Vermögens- und Einkommensteuer einzuführen.

**1. Mai 1923.** 1200 bewaffnete Anhänger

## Es geschah an einem 1. Mai

Hitlers – vor allem SA-Mitglieder – versuchen, die große Mai-Demonstration der Linken in München gewaltsam zu stören.

**1. Mai 1925.** In der NSDAP wird eine Schutzstaffel (SS), gegründet.

**1. Mai 1925.** Die Reichsbahn erhöht ihre Tarife generell um 10 Prozent.

**1. Mai 1930.** In der Sowjetunion wird die Turksib-Eisenbahn eröffnet, die auf einer Länge von 1442 km die westsibirischen Industriezentren mit den mittelasiatischen Gebieten verbindet.

**1. Mai 1930.** In New York wird der Tonfilm „Im Westen nichts Neues“ nach dem Roman von Erich Maria Remarque uraufgeführt. Er verdeutlicht die Schre-

cken des 1. Weltkrieges.

**1. Mai 1944.** In einem Außenlager des deutschen KZ Flossenbürg kommt es zu einer Revolte sowjetischer Kriegsgefangener. Einigen gelingt die Flucht.

**1. Mai 1945.** Sowjetische Truppen stürmen die Reichskanzlei in Berlin.

**1. Mai 1960.** Die sowjetische Luftabwehr schießt ein Spionageflugzeug der USA vom Typ Lockheed U-2 wird über dem Territorium der UdSSR ab.

**1. Mai 1960.** Kubas Ministerpräsident Castro kündigt den Aufbau des Sozialismus im Lande an.

**1. Mai 1975.** Die vietnamesische Befreiungsarmee hat die Kapitulation der Me-

tropole Saigon erzwungen und damit dem reaktionären südvietnamesischen Regime ein tödlichen Schlag versetzt.

**1. Mai 1985.** USA-Präsident Reagan verhängt am ersten Tag seines Staatsbesuchs in der BRD ein totales Handelsembargo und weitere Wirtschaftssanktionen gegen Nicaragua.

**1. Mai 1999.** NATO-Kampfflugzeuge zerstören nahe Pristina (Kosovo) bei einem Angriff auf eine Brücke einen Bus, wobei 55 Zivilisten ums Leben kommen.

**1. Mai 2000.** Die fünf Atommächte USA, Russland, Frankreich, Großbritannien und China bekennen sich angesichts zunehmender Kritik an ihren nach wie vor großen Kernwaffenarsenalen zu einer rascheren nuklearen Abrüstung, jedoch ohne einen konkreten Zeitplan.

## Hochschul-Geburtstagfeier für den 100-jährigen Arnold Matz

Wer Arnold Matz als Solobratscher und Quartettspieler erlebte, hat die unverwechselbare Gestalt und Gestik dieses stets mit höchstem Einsatz und unbedingter Konzentration musizierenden Künstlers heute noch lebendig vor Augen. Dieser großartige Musiker übertrug nicht nur die Impulse des Dirigenten auf die ganze Bratschengruppe, sondern beflügelte seinerseits den Mann am Pult. Doch Arnold Matz lag auch am Herzen, seine reichen Erfahrungen an die nächsten Generationen zu vermitteln. So wirkte er zugleich als Professor an der Musikhochschule und bildete zahlreiche erstklassige Bratschisten aus.

Beides wiederum erfolgte in Wechselwirkung mit seinem dritten Wirkungsbereich, dem Komponieren. Der Schüler Johann Nepomuk Davids war bald auch als Theorie- und Kompositionslehrer gefragt. Als Komponist schrieb er aus genauer Kenntnis der Instrumente vor all Werke für Solisten und für den Unterricht. Ein Gedenkkonzert an der Hochschule für Musik und Theater vermittelte ein lebendiges Bild davon. • **W. W.**

## Hans-Joachim Rotzsch 75

Die großartige Tenorstimme, überlegene Musikalität, absolute Intonationssicherheit und schnelle Auffassungsgabe ließen den am 25. April 1929 in Leipzig geborenen Hans-Joachim Rotzsch in kurzer Zeit zu einem der führenden Konzertsänger mit einem umfangreichen Repertoire werden.

Der Thomaskantor Günther Ramin holte ihn 1952 noch während der Studienzeit im letzten Moment für eine Kantaten-Aufführung. Beim Ausfall Gert Lutzes als Evangelist konnte Hans-Joachim Rotzsch – inzwischen Stimmbildner der Thomaner – im Münster zu Basel sofort die Partie übernehmen.

Diese Leistungen und die seit 1965 als Leiter des Universitätschors gewonnenen Erfahrungen prädestinierten den Künstler 1972 zum Nachfolger Erhard Mauersbergers als Thomaskantor. Zahlreiche Schallplatten zeugen von der beispielhaften stimmlichen Verfassung des Chores unter Rotzschs Leitung. Doch vom Stasi-Fieber besessene Leute zwangen ihn 1991 zur Aufgabe dieser Position. Da holte das Mozarteum den Künstler zum Auf- und Ausbau der Studienrichtung evangelische Kirchenmusik ins katholische Salzburg. Und noch immer ist Hans-Joachim Rotzsch für Kurse im Ausland, vor allem in Japan, begehrt. • **WERNER WOLF**

Ein Gedenktag wie den 100. Todestag Antonín Dvoráks lässt kaum ein Orchester vorüber gehen, ohne zumindest die weithin beliebte neunte Sinfonie „Aus der neuen Welt“ aufzuführen oder das Violoncellokonzert oder Slawische Tänze. Doch nur einzelne Theater widmen sich dem Bühnenschaffen des am 8. September 1841 im Dorf Nelahozeves in der Nähe Prags geborenen tschechischen Meisters, obwohl die Opern im Gesamtwerk den größten Raum einnehmen.

Bis auf die erste, nach einem Text von Theodor Körner in deutscher Sprache vertonte historische Oper „Alfred“ (die Dvorák nicht in die Öffentlichkeit gelangen ließ) liegen inzwischen alle anderen neun auf CDs vor und verschaffen einen vollständigen Eindruck von dieser musikalisch großartigen Werkgruppe. Nur hatte Dvorák nicht wie Mozart wenigstens für drei seiner Hauptwerke einen Librettisten vom Range Lorenzo da Pontes zur Seite.

Wie die Opern russischer und anderer slawischer Komponisten bedürfen die Antonín Dvoráks nur eines speziellen Einfüh-

## „Ein schlichter tschechischer Musikant“ Vor 100 Jahren am 1. Mai starb Antonín Dvorák

lungsvermögens in die Stoffwelt. Dagegen erleichtert die Orientierung an Richard Wagners Gestaltungsprinzipien den Zugang. Dabei ging der Komponist im Unterschied zu bloßen Wagner-Nachahmern absolut eigenständig vor, machte Wagner ganz dem Idiom seiner, der tschechischen Musik dienstbar. Eine erste Werkgruppe bilden Stücke aus dem tschechischen Volksleben. Zu ihr gehören „Der König und der Köhler“ (in zwei gänzlich verschiedenen Versionen von 1871 und 1874) oder „Der Teufel und Katja“ („Die Teufelskätze“, 1898/99). Diese Katja, das reifste Werk dieser Art, nimmt es im Tanz mit allen Männern auf, und sei es der Teufel selber. Der holt sie – ahnungslos – in die Hölle und muss erleben, wie sie auch da mit einem vor Temperament überschäumenden Höllentanz

alles durcheinander wirbelt. Das ist ein Meisterstück an gemütvollstem, durchaus auch kritischem Humor, nicht nur, weil die Höllenbewohner bei gutem tschechischen Bier Karten spielen, singen und tanzen.

Solche Stoffe vertonte Dvorák ebenso liebevoll und ideenreich wie die historischen, die ihm als Bekenntniswerke besonders am Herzen lagen. In Ermangelung einer tschechischen Vorlage wählte er für seine erste historische slawische Oper „Wanda“ (1875) eine polnische, in altslawischer Zeit in Krakow spielende aus. Auch die Musik der nächsten historischen Oper „Dimitri“ nach Schillers Dramenfragment „Demetrius“ und einem tschechischen Drama (1881/82) packt unmittelbar und bewegt nachhaltig. Die an Modest Mussorgskis Oper „Boris Godunow“ anschließende Handlung erhält

durch Schillers Version besondere Spannung. Die lässt Dimitri im Glauben, der Sohn Iwans, des Schrecklichen zu sein und schafft so schärfere Konflikte. Die „Dimitri“ folgende urmusikantische Oper „Der Jakobiner“ (1887/88) kombiniert Situationen der historischen Oper mit ländlichem Volksleben.

Mit „Rusalka“ (1900) nach Versionen der Wassernixenmärchen u. a. von de la Fouché erhielt Dvorák durch Jaroslav Kvapil sein dramaturgisch stimmigstes Libretto. Er erfüllte dieses lyrische Märchen mit schier überströmender Melodik, mit einer in allen Farben prangenden Harmonik und Instrumentation. Nach „Rusalka“ zogen den Komponisten wohl die zauberischen und sagenhaften Elemente des Armida-Stoffes aus der Zeit des ersten Kreuzzuges an. Auch diese „Armida“ (1902/03) zeichnet sich durch einen musikalischen Einfallsreichtum sondergleichen aus. Diesen Reichtum Dvorákscher Opernmusik gilt es hundert Jahre nach dem Tod des Meisters noch zu erschließen, auch durch konzertante Aufführungen. • **WERNER WOLF**

Die *Neue Szene* bietet zwei Frühlingsleckerbissen an. Der erste Gaumenkitzel ist die zwischen bitterböse und urkomisch-menschlich hin- und hergerissene Grotteske *Kochen mit Elvis* aus der Feder des 1967 in Newcastle geborenen Lee Hall, der mit seinem Drehbuch für den erfolgreichen Kinofilm *Billy Elliot* für den Oscar nominiert wurde.

Ein ehemaliger Elvis-Imitator sitzt seit einem Unfall querschnittsgelähmt im Rollstuhl. Seine alkoholabhängige Frau amüsiert sich mit einem jungen Geliebten, der wiederum der Tochter den Kopf verdreht. Regisseur Matthias Huber über-

## Frühlingsleckerbissen

zeichnet – unterstützt von Bianca Zausch (Bühne und Kostüme). Herzhaft-deftig geht es da zu. Die Figuren sind von Lebensgier getrieben, schwanken zwischen seelischer Brutalität und Nächstenliebe.

Bettina Riebesel überzeugt mit kabarettistischem Talent als lüsterne Ehefrau. Torben Kessler gekonnt als naiver Jüngling. Vielleicht eine Nuance zu blaß: Julia Berke als durchtriebenes, aber warmherziges Töchterchen, das liebevoll den Vater pflegt. Eine Klasse für sich: Tobias J. Lehmann, der schnell umschal-

ten kann: zwischen schweigend depressiv im Rollstuhl sitzend und schlierig-schmalzig den King of Rock'n'Roll gebend.

Die zweite angenehme Überraschung ist das Stück *Enten*, Variationen des US-amerikanischen Autors David Mamet, der für seinen Bühnenerfolg *Glegarry Glen Ross* 1984 den Pulitzer-Preis erhielt. Wer bezweifelt, ob ein Theaterstück, wo nur zwei ältere, schrullige Herren über das Leben im Allgemeinen und die Enten im Besonderen philosophieren, einen

Abend trägt, wird eines Besseren belehrt werden. Das liegt vor allem an Dieter Jaßlauk und Bernd Stübner, die mit subtilem Gestus und innerer Aufrichtigkeit die beiden älteren Herrschaften spielen. Sie sitzen auf einer Parkbank, an einem imaginären Ententeich, lachen, necken einander, sind froh, dass es den anderen gibt. Regisseur Enrico Lübke geht behutsam mit dem Text und den Schauspielern um, lässt sie einen Dialog entfalten, der philosophisch-menschliche Tiefenschärfe besitzt und existenzielle Fragen hervortreten läßt. – Und über allem liegt ein mandelbitterer Hauch von Melancholie. • **D. M.**

Helmut Sakowski hat mit seinem neuen Roman – der das Zeug zum Bestseller hat, wie einst *Daniel Druskat* (1976) und *Ein Herzog von Wendenburg* (2000) – den Lesern und auch sich ein Geburtstagsgeschenk gemacht, feiert er doch im Frühsommer seinen Achtzigsten.

Sakowski, der den „grandiosen Erzähler“ Theodor Fontane bewundert, hat für sein neues Buch den Leuten auf den Mund und in die Keller der Archive geschaut. *Die Geliebte des Hochmeisters* sei zwar kein dokumentarischer Roman, sagte der Autor in einem Gespräch mit Leipzigs Neue, aber die Hintergrundgeschichte von den Naziführern, die sich in Mecklenburg Landsitze zuschanzten, sei verbürgt.

Die Handlung beginnt mit einem Kapitalverbrechen in der Gegenwart. Ira Thurau, 1945 mit einer Kolonne von Häftlingsfrauen aus einem KZ in Kromberg angekommen,

## Ein packendes Zeitbild



Helmut Sakowski auf der Leipziger Buchmesse 2004.

Foto: Privat.

wird ermordert aufgefunden. Die Bewohner des kleinen Städtchens sind ratlos: Sie galt als Wohltäterin, hatte sie doch nach dem Krieg der Stadt ihr Anwesen für ein Kinderheim geschenkt ...

Geschickt zieht Helmut Sakowski seine Leser in die Wir-

ren der Kriegs- und unmittelbaren Nachkriegszeit hinein – nicht ohne Ironie. Von LN darauf angesprochen, schmunzelt er: *Es ist wohl die Weisheit des Alters.*

Das bewegende an diesem Buch ist die Mischung von Gefühlen, die es erzeugt: Da ist unbändige Wut über die Verbrechen der Nazis an den Frauen in Ravensbrück (im Roman als Ravenstein verschlüsselt), da ist Freude über die große und die kleine Liebe und da ist der Krimi-Aspekt: Wer ist der Mörder?

Ein wichtiges Buch: Die Menschen dürfen durch den Fluß der Zeit nicht vergessen, was in Deutschland passiert ist.

• **D. M.**

Helmut Sakowski: *Die Geliebte des Hochmeisters*. Aufbau-Verlag, Berlin 2004. 232 S., geb., 16,90 Euro

Fotoausstellung im Industrie- und Filmmuseum Wolfen vom 8. Juni bis 04. Juli 2004

## Urbane Impulse

Die Fotografien von János Krüger und Matthias Witt – Studenten an der Universität Leipzig – stoßen bei dem Versuch, sich dem Puls der Großstadt zu nähern, auf urbane, fast nicht sichtbare Kunst, die in dem hektischen Treiben eher unbemerkt bleibt. Spotartig erforschen sie den Raum nach dem Zusammenhang von Typografie und Architektur, Geometrie und Farben, Schablonen-Graffiti und Posterwänden. Ihr Weg führt sie quer durch europäische Metropolen, von Berlin nach London, über Leipzig nach Liverpool. Erstaunliche Momentaufnahmen urbaner Ästhetik.

Matthias Witt und János Krüger sind Teil eines Teams, das von Leipzig und Berlin aus eine kritische Sicht auf Musik, Fotografie, Design und osteuropäische Kultur formuliert. Das Projekt findet seinen Ausdruck in der sich seit 1999 stetig wandelnden Website [www.abvmob.de](http://www.abvmob.de) • **P. I.**

Willy Brandt: Die Entspannung unzerstörbar machen. Internationale Beziehungen und deutsche Frage 1974–1982. Berliner Ausgabe, Band 9. Bearbeitet von Frank Fischer. Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Bonn 2003. 500 Seiten, 27,60 Euro

Der mit einer Übersicht der wichtigsten Stationen des Lebens von Willy Brandt und einer Einführung von Frank Fischer (S. 15–77) eingeleitete Band enthält 79 Dokumente: Reden, Artikel, persönliche Vermerke, Protokolle, Interviews und Briefe. Sie reflektieren, dass ab der zweiten Hälfte der 70er Jahre das internationale Umfeld für die Entspannungspolitik schwieriger geworden war, dass sich die Konfrontation der Supermächte zuspitzte.

Die Frage, ob die Welt auf eine atomare Katastrophe hinsteuert, hatte in Europa verbreitete Befürchtungen zum Ausdruck ge-

Ute Kaden / Wolfgang Herrmann: DDR kontra Agenda 2010. Streitschrift für Alternativen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik. edition ost, Berlin 2004. 128 Seiten, 9,90 Euro

Buchtitel bei *edition ost* sind zuweilen etwas irreführend – dieser auch, denn keinesfalls geht es hier nur um einen Sozialabbau im Osten, sondern in ganz Deutschland, und auch nicht um die unbesehene Einführung von Regelungen und Praktiken der DDR.

Die von Kanzler Schröder vor gut einem Jahr verkündete Agenda 2010 ist inzwischen vom SPD-Vorhaben zum Gesetz geworden. Die Autoren nehmen sich das Perspektivprogramm Punkt für Punkt vor, belassen es aber durchaus nicht bei der Beschreibung der vorgesehenen Maßnahmen und kritischen Randglossen zu den dabei zu erwartenden „Risiken und Nebenwirkungen“, sondern formulieren jeweils eigene Gegen-

## Dokumente zur Entspannungspolitik

bracht. Europa stand, wie auch Willy Brandt erkannte, vor der schwierigsten Bewährungsprobe seiner Nachkriegsgeschichte. Dazu beizutragen, der kritischen Lage Herr zu werden,

galten seine Bemühungen. Dem entsprach auch seine Mahnung, den Satz, dass von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen darf, nicht zur Phrase verkommen zu lassen. Auffallend



Willy Brandt im Gespräch mit Leonid Brezhnev 1981 in Moskau

## Die Axt an der Wurzel des Sozialstaates – und die Alternativen

vorschläge und weisen die dabei zu erwartenden Effekte aus. Erstes Thema ist die Förderung des „Aufbaus Ost“, ausgehend von dem, was die DDR ins vereinigte Deutschland einbrachte und was sie verlor. Während die Vorhaben der Agenda 2010 so schwach und unverbindlich sind wie die „Chefsache Ost“, schlagen die Autoren u. a. vor, für Arbeitsfördermaßnahmen die zusätzlichen Gewinne zu nutzen, die Wirtschaft und Banken aus dem Beitritt der DDR erzielt haben und für den Aufbau im Osten ostdeutsche Baubetriebe einzusetzen.

Während die Agenda nichts sagt zur Reduzierung der Kosten für das Militär plädieren die Verfasser für eine Halbierung

des Verteidigungsetats sowie die Einstellung von Rüstungsproduktion und Waffenhandel. Während zu befürchten ist, dass die Initiative Bürokratieabbau eine neue Bürokratie zum Abbau der alten hervorbringt, lautet die Empfehlung: ohne Wenn und Aber reduzieren und Auslichtung des Gesetzesdschungels – eine Aufgabe, die Ausscheidenden Bediensteten übertragen werden könnte. Neubauten für Behörden sollten durch Nutzung vorhandener Bauten ersetzt werden.

Der anvisierten Steuerreform werden Grundsätze für ein neues, durchschaubares Steuergesetz gegenübergestellt, das geringe Einkommen entlastet und hohe stärker belastet, das

intensiv gestaltete sich dazu der Gedankenaustausch zwischen Willy Brandt und dem Generalsekretär des ZK der KPdSU Leonid Breshnew.

Hierzu werden Briefwechsel und Gesprächsnotizen im Zeitraum 1974–1982 erstmalig veröffentlicht. Insgesamt wird, wie nicht nur der Spiegel-Artikel von Willy Brandt zum Tod von Leonid Breshnew 1982 belegt, seine beachtliche Wertschätzung des sowjetischen Partei- und Staatschefs erkennbar.

Im Zusammenhang mit dem NATO-Doppelbeschluss 1979 richteten sich die Erwartungen großer Teile der SPD und der Friedensbewegung auf Willy Brandt, dem 1971 der Friedensnobelpreis verliehen worden war. In schwierigen Zeiten gehörte er zu denen, die Versöhnung, Frieden und Vertrauen verkörperten und hatte seinen Anteil daran, dass das mit den Ostverträgen gelegte Fundament erhalten blieb.

• KURT SCHNEIDER

25 Prozent Körperschaftssteuer und 10 Prozent Kapitalertragssteuer vorsieht und das Subventionen und Steuervergünstigungen streicht.

Weitere Themenkomplexe sind Subventionen, Mittelstandsförderung und Handwerkspolitik, Infrastruktur („Ausbau der Schiene vor der Straße“), Wohnraummodernisierung und Kündigungsschutz.

Große Aufmerksamkeit gilt der Frage, wie Menschen wieder in Arbeit zu bringen sind. Als aktuelle Lösungswege werden ein öffentlich finanziert Beschäftigungssektor (Arbeit bezahlen statt Arbeitslosengeld), das Beleben örtlicher Wirtschaftsstrukturen durch finanziell entsprechend geförderte Kommunen und Regionen favorisiert. Minijobs sollen fast ausschließlich im Dienstleistungsbereich erlaubt sein.

Alle großen Unternehmen und Verwaltungen sollen verpflichtet werden, durchschnittlich je 36 Beschäftigter einen Auzubildenden einzustellen. Das

## Viele Wege führen nach Weimar

Jochen Klauß: Wege nach Weimar. Winkler-Verlag, Düsseldorf 2003. 287 S., geb., 19,90 Euro

Der Name ist Programm: *Wege nach Weimar*. Jochen Klauß beleuchtet die vielschichtige literarische Geographie des Grünen Herzens Deutschlands und kommt dabei doch immer wieder auf das Gravitationszentrum der deutschen Literatur zurück: Weimar. In sechs Kapiteln nimmt der promovierte Germanist und Historiker seinen neugierigen Leser mit auf literarische Entdeckungstour durch Thüringen: Von Eisenach nach Nordhausen, von Stolberg nach Gotha, von Gotha nach Coburg ... Er verweilt jedoch nicht nur in der Weimarer Klassik bei Goethe und Schiller, sondern wandelt auch in der jüngeren Vergangenheit bei Bruno Apitz und Ernst Wiechert. Ein lesenswerter Literaturreisetführer.

• D. M.

Niveau der Schulbildung, Hochschulen (leistungsfördernde Stipendien statt Bafög, vom Elterneinkommen abhängige Studiengebühren) und Forschung sind weitere Themen, bei denen die Autoren Alternativen zur Agenda vorschlagen. Ein Katalog von Vorschlägen zum Gesundheitswesen geht weit über die Rücknahme der unsozialen Maßnahmen der Gesundheitsreform hinaus: Förderung von Ärztehäusern (Polikliniken), Reduzierung der Anzahl der Krankenkassen, eine Rote Liste für unnütze und überflüssige Medikamente, unentgeltliche Gesundheitsvorsorge u. a. Rentensystem, Kommunal- und Staatsfinanzen und ein alternativer Staatshaushalt sind Gegenstand der Schlusskapitel.

„Für wen ist also die Agenda 2010 gut?“, fragen die Autoren ganz am Schluss? Bevor sie ihre Alternativen offerierten, haben sie diese Frage am konkreten Gegenstand faktenreich und überzeugend erklärt.

• GÜNTER LIPPOLD

Alexander Demandt: Kleine Weltgeschichte. Verlag C. H. Beck, München 2003. 368 Seiten, 24 Euro

Alexander Demandt hat sich längst als einer jener Alt-historiker ausgewiesen, die aus fundierter Kenntnis der Antike die Geschichte bis zur Gegenwart ins Auge fassen und auch vor Zukunftsprognosen nicht zurückschrecken. Das offenbare schon sein Buch „Endzeit? Die Zukunft der Geschichte“ (1993). Der Weg durch die Geschichte beginnt mit der Kosmogonie, der Menschwerdung und „den ersten Kulturen“, wobei aber der Übergang von diesen zu den frühen Staatsbildungen im alten Orient zu kontinuierlich erscheint. Auf die

## Weltgeschichte als Herausforderung zur Kritik

„Kultur der Griechen“, das „Imperium Romanum“ und „Die Völker Europas“, wobei er auch die Juden einbezieht, folgt im Bestreben, den Eurozentrismus zu durchbrechen: „Die Welt des Islam. Dieses Bemühen ist auch weiterhin sichtbar. So folgen auf „Kaiser und Papst im Mittelalter“ die „Großreiche Asiens“. Auch in den auf Europa konzentrierten Kapiteln „Renaissance und Reformation“, „Zeitalter der Entdeckungen“, „Vom Absolutismus zur Aufklärung“, „Nationalismus und Imperialismus“ und „Die Weltkriege“ ist es zu erkennen. In den abschließenden Kapiteln „Demokratisierung global?“ und

„Aus der Gegenwart in die Zukunft“ finden sich Folgerungen, die das Ende der Menschheit, die Verwandlung der Erde in eine „Mülldeponie“ und die Auflösung der „Zeit ... in eine geschichtslose Ewigkeit“ prognostizieren. Zu bedenken ist sein Vergleich des gegenwärtigen Rücklaufs der angestammten Bevölkerung in Europa, Nordamerika und Japan und des eakalierenden Bevölkerungswachstums in der ärmeren Welt mit der analogen Entwicklung, die im späten Imperium Romanum begonnen und zu seinem Untergang geführt bzw. durch Migration dazu beigetragen haben. Mit Sarkasmus charakte-

risiert er unter ökonomischen und finanzpolitischen Aspekten die „Bush-Doktrin“, die „den Krieg zur Fortsetzung der Moral mit anderen Mitteln“ macht. Unerwähnt bleiben aber die weltweiten Demonstrationen, die sich 2003 gegen die Golfkriegspläne richteten und die immerhin die UNO und solche Staaten wie die BRD und Frankreich in ihrer ablehnenden Haltung gegenüber der aggressiven und verlogenen Bush-Administration unterstützten und ein Modell für künftige Protestbewegungen bilden könnten. Nicht nur marxistische Leser werden die z. T. holzschnittartige Behandlung des Marxismus

kritisch registrieren, zumal der Autor in „Endzeit?“ ungeachtet seiner Ironie bemerkenswerte Gedanken über die den Kapitalismus domestizierende Funktion des Marxismus formulierte, die an die von Hobsbawm im „Zeitalter der Extreme“ festgestellte Wirkung der UdSSR nach 1945 erinnern.

Jeder Leser des Werks kann aber sicher sein, dass ihm sein Verfasser eine kritische Sicht nicht verargt. Denn er schließt sein „Vor- und Nachwort“ mit der Bitte des jüngeren Plinius: „Wenn du in meinem Werk etwas anderes liest als du es wünschst, so verzeih mir bitte.“

• WERNER BERTHOLD

## KALENDERBLATT

Vor 10 Jahren

## Autonomie für Palästinenser

Am 4. Mai 1994 unterzeichneten Israels Ministerpräsident Yitzhak Rabin und der Chef der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), Jassir Arafat, in Kairo ein Abkommen über die Autonomie der Palästinenser in den von Israel besetzten Gebieten Jericho und Gazastreifen. Vorausgegangen war nach langen Verhandlungen der Abschluss eines Grundsatzvertrages am 13. September 1993 in Washington. Das Abkommen von Kairo sah vor, dass die israelischen Truppen binnen 21 Tagen aus den Autonomiegebieten abzuziehen waren und die Verwaltung an eine 25-köpfige palästinensische Behörde mit Arafat an der Spitze übergeht, wobei das Autonomiegebiet der Oberhoheit der israelischen Armee unterworfen blieb. Beide Seiten vereinbarten, bis fünf Jahre nach dem Abschluss des Gaza-Jericho-Abkommens eine endgültige Lösung für den Status der Palästinenser zu finden. Am 13. bzw. 25. Mai erfolgt der Machtwechsel. Palästinensische Polizisten treten an die Stelle israelischer Soldaten.

Weitere Verhandlungsergebnisse nährten die Hoffnung, dass der begonnene Prozess geradlinig bis zur Bildung eines eigenen palästinensischen Staates fortgeführt werden könnte. So wurden den Palästinensern mit dem Abkommen über die Zivilverwaltung im Westjordanland vom 29. August 1994 Autonomierechte auf den Gebieten Kultur und Bildung, Gesundheits- und Sozialwesen, Steuern und Tourismus übertragen. Und am 28. September 1995 legte ein Abkommen den Rückzug der israelischen Armee aus den großen Städten des Westjordanlandes fest und regelte weitere Fragen. Die PLO verpflichtete sich, Artikel aus ihrer Charta zu streichen, die die Vernichtung Israels als Ziel propagierten. Doch bald sollte sich das Blatt wenden. Ein Signal für die Verzögerung und den Stop des Friedensprozesses war das tödliche Attentat auf Rabin durch einen rechtsradikalen israelischen Siedler im Dezember 1994. In der Regierungszeit von Netanjahu verhärteten sich unter dem Druck nationalistischer Kräfte die Fronten, die Repression gegen die Palästinenser nahm zu und förderte deren verzweifelten Widerstand. Fristen zur Fortführung des Friedensprozesses 1999 und 2000 verstrichen ungenutzt. Versuche seiner Wiederbelebung unter Barak und Sharon scheiterten letztlich.

Neueste Entwicklungen wie die Billigung israelischer Siedlungen im Westjordanland durch Bush deuten eher auf Umkehr als auf Fortschreiten des Friedensprozesses hin.

• G. L.

## 30 Jahre Ende der Diktatur in Portugal – 10 Jahre Ende der Apartheid in Südafrika

Am 25. April 1974 strahlte der von Linksputschisten besetzte katholische Rundfunksender in Lissabon das Lied „Grandola, vila morena“ aus, das verabredete Signal zum Aufstand. Begeisterte Massen steckten den putschenden Militärs rote Nelken an. Sie wurden zum Symbol der portugiesischen Revolution. Ausgelöst wurde der Umsturz nicht nur durch innere Krisen des faschistisch regierten Landes, sondern vornehmlich durch die zunehmenden militärischen Konflikte mit Befreiungsbewegungen in den afrikanischen Kolonien. Nur folgerichtig war daher, dass die Entkolonialisierung umgehend nach der Nelkenrevolution in Angriff genommen wurde. Demokratisierung, Bodenreformen und andere soziale Reformen folgten gegen den Widerstand von Teilen des alten Machtapparats, der Bourgeoisie und des Klerus. Ähnlich wie in Deutschland 1919, obsiegten 1975 schließlich die parlamentarisch gemäßigten Kräfte über die revolutionären: Die Bevölkerungskommissionen gerieten gegenüber der wieder erstarkenden Bürokratie ins Hintertreffen, die Agrarreform wurde weitgehend rückgängig gemacht und ein allgemeiner Rechtsruck setzte ein. Ein Grund dafür war die ökonomische Situation des Landes, die – ohnehin kritisch – durch Loh-

nerhöhungen einerseits, Kapitalflucht andererseits und schließlich auch die Flüchtlingsströme in Folge der Entkolonialisierung immer bedrohlicher wurde. Dadurch wurde Portugal erpressbar: Massiver Druck von außen, ausgeübt von NATO, IWF und europäischen Ländern,



drängte auf eine weitgehende, demokratisch verbrämte, Restauration der Verhältnisse.

Eine nicht zu unterschätzende Rolle spielte dabei die bundesdeutsche Sozialdemokratie: Helmut Schmidt äußerte die Ansicht, der Westen dürfe „einen Verlust Portugals nicht zulassen“, während die parteinahe Friedrich-Ebert-Stiftung ihrem Namensgeber alle Ehre machte und den rechten Flügel der Sozialistischen Partei, der sich gegen Bodenreform und Zusammenarbeit mit Kommunisten wandte, massiv unterstützte.

Im Café de Lisboa in Johannesburg treffen sie sich und träumen von der Vergangenheit: zahlreiche portugiesische

Kolonisten, vor allem aus Angola und Moçambique, die sich eine neue Heimat nicht im Mutterland, sondern in Südafrika suchten. In den 70er Jahren stand das Land am Kap der guten Hoffnung – noch

hoffiert von der westlichen Welt – gerade im Zenit seiner Rassendiskriminierungspolitik und bekämpfte die Linksregierungen in den ehemaligen portugiesischen Kolonien militärisch. Steter Widerstand vor allem durch den verbotenen ANC und die illegale KP, seitens der Gewerkschaften, Kirchen und anderer Gruppen bereitete am Kap den Boden für die Zukunft. Äußerer Druck und der ökonomische Anachronismus der Apartheid sorgten dafür, dass die weiße Oligarchie schließlich – sollte ein offener Bürgerkrieg vermieden werden – den Ausgleich mit den politischen Vertretern der unterdrückten Bevölkerungsmehrheit suchen musste. Das Ergebnis war das Ende der Apartheid, gefolgt von den ersten freien und allgemeinen Wahlen in Südafrika vor zehn Jahren am 27. April 1994. Seitdem regiert der ANC nahezu mit Zweidrittel-Mehrheit. Die rechtliche und politische Emanzipation der nicht-weißen Südafrikaner war ein bedeutender Schritt, erkauft nicht zuletzt durch wirtschaftspolitische Kompromisse mit der weißen Bourgeoisie. Die wieder erkämpfte Menschenwürde, Er-

folge in Bildungswesen, Sprachpolitik und Infrastruktur sind ohne Zweifel Meriten der fortschrittlichen Kräfte am Kap. Dennoch dürfen die Schattenseiten nicht übersehen werden: Zwischen 1995 und 2000 gingen die Einkommen schwarzer Haushalte um 19 Prozent zurück, während im selben Zeitraum die der weißen um 15 Prozent stiegen.

Die ökonomischen Ausbeutungsverhältnisse haben sich durch die Globalisierung im letzten Jahrzehnt auch in Südafrika verschärft, paradoxerweise Ergebnis der Öffnung des Landes nach dem Ende der Apartheid. Auch wenn der ANC mit seinen Verbündeten am 14. April wieder ein überragendes Wahlergebnis eingefahren hat – es mehren sich die Stimmen der Kritiker. So fordern der Gewerkschaftsbund COSATU und der Rat der südafrikanischen Kirchen ein Grundeinkommen, das nach der erfolgreichen Erringung menschenwürdiger Rechtsverhältnisse auch eine menschenwürdige ökonomische Grundlage für alle Südafrikaner garantieren würde.

30 Jahre Ende der Diktatur in Portugal, 10 Jahre Ende der Apartheid in Südafrika. Zwei im Grunde afrikanische Jubiläen. Lehrstücke über Halbherzigkeiten, äußeren Druck und wirtschaftliche Machtverhältnisse.

• JENS-EBERHARD JAHN

Der Autor kämpfte 1986 einige Monate lang in der United Democratic Front (UDF) gegen die Apartheid.

## Dem Vermächtnis von 1789 verpflichtet

Zum 90. Geburtstag von Albert Marius Soboul (1914–1982)

Als die Kommunistische Partei Frankreichs (PCF) im antifaschistischen Kampf in der ersten Hälfte der 30er Jahre im Kampf für die Volksfront das Vermächtnis der Großen Französischen Revolution zu erschließen begann, wandte sich auch ihr junges Mitglied, der marxistische Historiker Albert Marius Soboul, diesem Ereignis von bleibender nationaler und internationaler Bedeutung zu.

Am 27. April 1914 in der Familie eines französischen Kleinbauern geboren, wurde er bald zur Kriegswaise. Eine Tante, Lehrerin von Beruf, nahm sich seiner an und trug für seine schulische Ausbildung Sorge. So war es ihm möglich, das Studium der Geschichte an der Pariser Universität aufzunehmen. Als Student trat er auch der PCF bei und übernahm ihren Auftrag, an der Einrichtung des Revolutionsmuseums im „roten“ Pariser Vorort Montrieux mitzuwirken. 1937 erschien sein erstes Buch über „Saint Juste“

und anlässlich des 150. Jahrestags der Revolution 1939 folgte das „Jahr I der Freiheit“. Mit Kriegsbeginn als Soldat einberufen und 1940 demobilisiert, schloss er sich der Resistance im „maquis rouge“ an. Erst nach errungenem Sieg kehrte er nach Paris zurück.

Georges Lefebvre, der Inhaber des Lehrstuhls für Geschichte der Französischen Revolution an der Sorbonne, nahm ihn in seinen Schülerkreis auf und betreute seine aufsehenerregende Habilitationsschrift „Die Pariser Sansculotten im Jahr II: Politische und soziale Geschichte der Sektionen von Paris...“ (1958), die vorwiegend auf erst von ihm erschlossenen Quellen beruhte. Sie erschien bereits 1962 in deutscher Übersetzung in Ostberlin.

Nach einer Tätigkeit als Lehrer für Geschichte und Geographie und als Professor an der Universität Clermont-Ferrand wurde er 1967 der erste kommunistische Inhaber des renommierten Lehr-

stuhls an der Sorbonne.

Seine Konzeption der Französischen Revolution unterschied sich auch von der des Historikers Albert Mathiez, der zeitweilig der PCF angehörte. Dieser hob zwar Robespierre bei Kritik Dantons als Leitbild einer demokratischen und sozialen Republik hervor, identifizierte jedoch die französische mit der russischen Oktoberrevolution in einem solchen Maße, daß er in Lenin einen Robespierre sah, der Erfolg gehabt habe. Soboul betont dagegen die unterschiedlichen Stellungen und Aufgaben der beiden Revolutionen in einem diskontinuierlichen universalhistorischen Fortschrittsprozess. Wie sein Lehrer wandte er sich den sozialen und ökonomischen Seiten der Französischen Revolution und – gleich seinem Freund Walter Markov, mit dem er auch mehrere Titel veröffentlichte – jenen linksradikalen Volkskräften zu, die über deren Grenzen hinausstreben. Markov charakterisier-

te das Gesamtwerk Sobouls und dessen wissenschaftsgeschichtliche Stellung wie folgt: „*Sein Verständnis der Revolution von unten*‘..., seine Darstellung der Volkskräfte – der Sansculotten der Städte und der Bauern auf dem Lande – als Träger der Geschichte, mit kritischer Sorgfalt materialreich belegt, setzte neue von allen Angriffen der ‚Revisionisten‘ nicht mehr wegzuwischende Maßstäbe.“

Im Rahmen seiner weltweiten Wirkung und Kooperationsbeziehungen nahmen die DDR und hier das von Markov gegründete „Interdisziplinäre Zentrum für vergleichende Revolutionsforschung“ an der „Karl-Marx-Universität“ Leipzig eine besondere Stellung ein. 1974 verlieh sie ihm auch – gleich der Lomonossov-Universität in Moskau – den Titel eines Ehrendoktors. In „Gedanken zur Geschichte“, die er aus diesem Anlass vortrug, betonte er im Geiste der Französischen Revolution und der Menschenrechte die „Freiheit“, die „nichts ohne Gleichheit ist“, während diese nichts ohne die „Brüderlichkeit“ sei.

• WERNER BERTHOLD



Von  
**KLAUS HUHN**

Ich bin mir sicher, dass ich Vorwürfe ernten werde: „Fängt der auch noch damit an?“ Ja, ich muss es tun, nämlich über den VfB Leipzig schreiben. Da ich aber sicher bin, dass niemand überlesen hat, dass der wegen Zahlungsunfähigkeit aus dem Register gestrichene Verein unbestritten erster deutscher Fußballmeister und schon 1893 gegründet worden war, reduziere ich mich auf das für die Gegenwart Entscheidende: Der Verein ist zahlungsunfähig. Wer die Details der Nachwendeereignisse liest, den wundert das nicht. Abenteurer hatten sich in den Klubbüros etabliert und auf die faule Ausrede, die seien farbenblind gewesen und hätten rote Zahlen nicht von schwarzen unterscheiden können, wird kaum jemand hereinfallen. Wie auch immer, der VfB musste gestrichen werden wie ein versunkenes Schiff. Ihn aber unter einem anrühigen Namen weiterleben lassen zu wollen – das setzt dem Fass die Krone auf! (Oder wie schimpft man in solchen Situationen?) Wer, zum Henker, kam auf die Idee, die Jungens unter 1. FC Lokomotive weiterspielen lassen zu wollen? Das ist doch die blanke Nostalgie und unentschuld-bare Rückkehr zu unseligen DDR-Zeiten. Hatte man nicht eben Lehrgeld genug zahlen müssen, als die Olympiabüros erst von Stasiagenten gesäubert werden mussten? Wer in Paris, London oder Rom vom geplanten Lok-come-back liest, wird uns anklagen: „Die

haben noch immer nichts gelernt!“ Es gibt doch wahrlich genug unauffällige Fußballvereinsnamen: Eintracht, Wacker, Union, Minerva – aber Lokomotive? Atmet man nicht schon beim Lesen des Namens die verpestete Luft der mit Braunkohle betriebenen Lokomotiven? Und wird man nicht auch sogleich daran erinnert, was auf der Webseite des VfB in der Rubrik „Geschichte“ steht: „... errichteten Leipziger Fußballfunktionäre 1963 ein sportlich und politisch gefördertes Leistungszentrum in Leipzig-Probsteida ...“ Politisches Zentrum? Früher wusste man, was gemeint war, da gab's fast nur die SED, aber heute müsste zunächst darüber befunden werden, wer sich da überhaupt politisch engagieren darf. Zudem: Viermal wurde dieses „Leistungszentrum“ Sieger im FDBG-

Und die emsigen Beauftragten für die Bekämpfung der Stasi hätten herausfinden müssen, wer wohl auf diese Idee gekommen sein könnte. (Garantiert irgendein IM!) Damit nicht genug: Das Lok-Logo hat bekanntlich ein Scharlatan aus den alten Bundesländern aufgekauft. Beim ersten Spiel hätte der schon abkassiert: für die Trikots, für das Programmheft, für die Anzeigetafel. Wieder hätte Geld irgendwo gepumpt werden müssen. Die Deutsche Bahn, die jetzt in Neufünfland die Lokomotiven (zu leicht erhöhten Fahrpreisen) rollen lässt, hätte garantiert keinen Penny rübergereicht. Kurzum: Das finanzielle Desaster war vorprogrammiert und das politische hätte unweigerlich der Olympiabewerbung geschadet. Haben wir nicht schon genug Sorgen damit?

Sportkolumne  
**VfB und FC Lok**

Pokal, über den wir unlängst durch den Potsdamer Alleswisser Spitzer belehrt wurden, dass seine Stiftung der erste Schritt des DDR-Fußballs weg von Traditionen hin zum Kommunismus war. Hat das alles niemand bedacht? Man kann nur froh sein, dass IOC-Präsident Rogge davon bei seinem Leipzig-Besuch nichts erfuhr. Was hätten Bundesinnenminister Schily und Ministerpräsident Milbradt ihm antworten sollen, wenn der belgische Chirurg plötzlich gefragt hätte: „Warum ausgerechnet wieder Lokomotive?“ Schily, der vermutlich die Standardliteratur der DDR-Sport-Aufarbeiter nicht kennt, hätte überhaupt nicht gewusst, wovon die Rede ist, und Milbradt hätte sich nur ratlos in die Büsche schlagen können. Der letzte Ausweg: Alle, die für Olympia in Leipzig sind, hätten zu einer Demo gegen den Lokomotive-Wiedergeburtplan zusammengetrommelt werden müssen.

**BOX-DSCHUNGEL.** Dass die wackeren ukrainischen Klitschko-Brüder manchen mitten in der Nacht aus den Betten geholt haben, hat sich herumgesprochen. Dass die von mysteriösen Umständen begleitete Niederlage des Wladimir aufgeklärt werden muss, liegt auf der Hand. Blut- und Urinproben liegen schon in den Labors. Wenn die Boxfans allerdings auf exakte Auskünfte Wert legen, sollte man mich bzw. LN fragen. Die Wetten standen vor dem Kampf Klitschko-Brewster auf 11:1 für Klitschko. Wer also einen Dollar auf Brewster setzte, kassierte deren elf, wenn Klitschko verlor. Und in den letzten 24 Stunden vor dem Kampf reduzierten die Wettbüros die Quote von 11:1 auf 3,5:1, was ahnen lässt, wie viel Geld auf Brewster gesetzt worden war. Also: Sucht die Wettfans, denn die müssen etwas gewusst haben, und vielleicht sind sie sogar bereit zu erzählen, was sie wussten ...

**TELESKOP**

**Auf dem Gericht**

Die wochentäglichen Sendungen *Richterin Barbara Salesch* und *Richter Werner Holt* (RTL) gehören wohl zu den beliebtesten derer, die zwischen 15 und 17 Uhr Muße zum Fernsehen haben. Drei bis vier nachgestellte oder mehr oder weniger erfundene Strafprozesse kann man so erleben, als säße man mit im Gerichtssaal. Ein Geheimnis ihres Zuspruchs scheint zu sein, dass sie zumeist spannender und hinsichtlich der Delikt motive, des sozialen Beziehungsgeflechts und des Tathergangs glaubwürdiger sind als viele Standard-Krimis.

Andererseits folgt das Geschehen im Saal zunehmend den Gesetzen der Fernseh-dramatik und gerät damit zuweilen an die Grenzen realistischer Darstellung. So, wenn genau an toten Punkten der Verhandlung sich bei Richter, Staatsanwalt oder Verteidiger ein neuer Zeuge per Handy meldet oder schon in der Tür steht. Oder wenn die Art der verhandelten Delikte etwas einseitig ausgewählt ist: Wirtschaftsdelikte, Amtsmissbrauch, Korruption und dergleichen, die ja in der Realität eine große Rolle spielen, fehlen fast ganz, während zunehmend und über ein normales Maß hinaus Sexualdelikte wie auch Mord und andere Gewalttaten die Szene prägen. Für den Außenstehenden werfen die Sendungen eine Reihe Fragen auf: ob es realistisch ist, dass die Staatsanwälte im wirklichen Leben ebenso stupide und von sich selbst überzeugt sind wie im Film, wo sie nicht selten am Ende unbegründete Verdächtigungen eingestehen müssen; ob die Voruntersuchungen häufig so schlampig geführt werden, dass die Hauptverhandlung voller Überraschungen ist; ob denn die Verhandlungen in der Regel wirklich nur wenige Monate nach der Tat stattfinden, während man oft genug von jahrelangen Verschleppungen hört?

Aber die pointierten Schlussbemerkungen von Richter Holt sind Glanzstücke, und man wünschte sich, alle Juristen hätten so viel Witz.

• GÜNTER LIPPOLD

Für die gesuchten 32 Begriffe dieses Silbenrätsels sind die aufgeführten Silben zu verwenden. Bei richtiger Lösung vollenden die **ersten und dritten Buchstaben** der Wörter – jeweils von oben nach unten gelesen – den **Aphorismus** von **André Brie** aus der Sammlung „Am Anfang war das letzte Wort“ (Eulenspiegel Verlag):  
Das menschliche Wissen verdoppelt sich alle sieben Jahre. Doch wie

1. \_\_\_\_\_
2. \_\_\_\_\_
3. \_\_\_\_\_
4. \_\_\_\_\_
5. \_\_\_\_\_
6. \_\_\_\_\_
7. \_\_\_\_\_
8. \_\_\_\_\_
9. \_\_\_\_\_
10. \_\_\_\_\_
11. \_\_\_\_\_
12. \_\_\_\_\_
13. \_\_\_\_\_
14. \_\_\_\_\_
15. \_\_\_\_\_
16. \_\_\_\_\_
17. \_\_\_\_\_
18. \_\_\_\_\_
19. \_\_\_\_\_
20. \_\_\_\_\_
21. \_\_\_\_\_
22. \_\_\_\_\_
23. \_\_\_\_\_
24. \_\_\_\_\_
25. \_\_\_\_\_
26. \_\_\_\_\_
27. \_\_\_\_\_
28. \_\_\_\_\_
29. \_\_\_\_\_
30. \_\_\_\_\_
31. \_\_\_\_\_
32. \_\_\_\_\_

**ZITIERT – ZITIERT – ZITIERT**

1. \_\_\_\_\_
2. \_\_\_\_\_  
wissenschaftl., meteorolog., geophys.  
Beobachtungsstelle
3. \_\_\_\_\_  
weibl. griech. Sagengestalt
4. \_\_\_\_\_  
älteste Form des sportl. Zweikampfs
5. \_\_\_\_\_  
Wissensch. von den Fischen
6. \_\_\_\_\_  
i. d. Musik: anschwellend
7. \_\_\_\_\_  
dt. Physiker (1901-1976, Nobelp. '32)
8. \_\_\_\_\_  
Süßspeise aus versch. Früchten
9. \_\_\_\_\_  
Hauptstadt Kroatiens
10. \_\_\_\_\_  
dt. Dichter (1787-1862), volkstüml.  
Lyrik, Balladen
11. \_\_\_\_\_  
Inselstaat in d. Karibik

12. \_\_\_\_\_  
dt. Philosoph, Forscher (1646-1716)
13. \_\_\_\_\_  
ältestes geolog. Zeitalter
14. \_\_\_\_\_  
Schöpfer, Hersteller, Erfinder
15. \_\_\_\_\_  
dt. Komponist (1770-1827)
16. \_\_\_\_\_  
chem. Element, Metall
17. \_\_\_\_\_  
belg. Provinzhauptstadt
18. \_\_\_\_\_  
Tagebuch, Kladde
19. \_\_\_\_\_  
spez. Spielsituation beim Fußball
20. \_\_\_\_\_  
griech. Sagengest., König v. Korinth
21. \_\_\_\_\_  
Bergland in Franken u. Hessen
22. \_\_\_\_\_  
mehrsätziges Orchesterwerk

23. \_\_\_\_\_  
langfristige Anlage
24. \_\_\_\_\_  
Sehenswürdigkeit in Ägypten
25. \_\_\_\_\_  
Wohlklang, Ausgewogenheit
26. \_\_\_\_\_  
dt. Maler u. Grafiker (1471-1528)
27. \_\_\_\_\_  
eine Baleareninsel
28. \_\_\_\_\_  
spezielle Postsendung
29. \_\_\_\_\_  
südosteurop. Land
30. \_\_\_\_\_  
Verzierungs-technik in d. Gold-  
schmiedekunst
31. \_\_\_\_\_  
dt. Ostseebad
32. \_\_\_\_\_  
Verstand, Denkvermögen

Auflösung des Rätsels 8'04:  
**SIEBENSCHLAEFER**  
**ZAUNKOENIG**

Sympathie und Verehrung für Bäume ist ganz unterschiedlich. Die einen bevorzugen eher Laubbäume, andere wiederum lieber Tannenbäume. Wer zum Beispiel Ausflüge gerne ins schöne Vogtland unternimmt, der ist immer wieder angenehm berührt von den dort befindlichen Weihnachtstannen-Wäldern. Und wer am Haus daheim oder im Garten gar eine edle Tanne stehen hat, möchte am liebsten du zu ihr sagen. Was nichts gegen den landschaftlichen Reiz einer schönen Birke, Buche oder Ulme sagt. Doch in Bornaer Kleingartensparten haben Gegner der majestätischen Edeltannen – die wohlgerne keine Waldbäume sind – den Garaus geblasen. Und so hört man neuerdings besonders in der Sparte „Naturfreunde 1950 e. V.“ Motorsägen heulen. Mit dem Sächsischen Kleingartengesetz im Rücken, dem zufolge Waldbäume in Kleingärten nicht statthaft seien, gehen Gartenvorstände eifertig daran, Tannen bzw. Koniferen bis auf 2,50 Meter Höhe über dem Erdboden abzuholzen.

In den 160 Gärten der Sparte „Naturfreunde 1950 e. V.“ stehen 29 Tannen und 46 andere Koniferen, die geschlagen werden müssen. (Lediglich sechs haben noch Bestandsschutz bis zum Pächterwechsel.) „Müssen!“ So sagt der Vorstand. Denn ansonsten droht seitens der Stadtverwaltung bzw. des Landratsamtes wie ein Da-

# Was soll an Baumfrevel gemeinnützig sein?

**Axt in Bornaer Kleingärten**

moklesschwert der Entzug der kleingärtnerischen Gemeinnützigkeit. Wer will wohl im Falle der Widerborstigkeit schon das Risiko auf sich nehmen, ein Mehrfaches an Pacht für ein dann so genanntes Wochenendgrundstück zahlen zu müssen. Abgesehen davon, dass Silber-, Blau- oder Weißtannen in Waldkulturen kaum zu finden sein dürften, ist die Angelegenheit äußerst delikat. Was sagt eigentlich der Naturschutzbund dazu? Um jeden Baum, der im Territorium beseitigt werden muss oder gar illegal entfernt wird, gibt es Aufregung und laut Baumschutzsatzung harte Bandagen mit Ersatzpflanzungen, Bußgeld oder sowas. Doch wenn, wie geschildert, in die Kleingarten-Natur eingegriffen wird, soll das gut und richtig oder gar gemeinnützig sein?

Ergo: Erst wenn ich meine stattliche Weißtanne, übrigens vom Naturschutzkuratorium (weil vom Aussterben bedroht) deutschlandweit als „Baum des Jahres 2004“ unter Schutz gestellt, bis auf 2,50 Meter absäbele, ist mein Garten weiterhin gemeinnützig!



Auch diese Blautanne soll weg bzw. auf 2,50 Meter gekürzt werden. Das muss man sich mal illustriert vorstellen!

Foto: Schweitzer

Vor rund 10 Jahren stand dieses Thema in der Sparte schon einmal zur Debatte – mit der Maßgabe, dass solche vor der sogenannten Wende gepflanzte Tannen Bestandsschutz haben, zumal sie für Vögel Winterschutz darstellen. Doch jetzt das!

Fluchend sah ich einen Gartennachbarn seine sieben Meter hohe Serbische Fichte niedermetzeln. Sein Kommentar: Der Garten mache keinen Spaß mehr. Andere sagen, vielleicht werde von oben eines Tages angeordnet, in welche Richtung Kohlrabis anzupflanzen seien. Will man es darauf ankommen lassen, die letzte Amsel aus den Gärten zu vertreiben? Eigenartigerweise gibt es in Kleingartenvorständen recht unterschiedliches Herangehen an die Tannen. In Borna-Nord zum Beispiel haben alle größeren Bäume Bestandsschutz bis zum Pächterwechsel. Lediglich dort, wo Nachbarn durch hohen Baumwuchs beeinträchtigt werden, ist Absägen geboten. Was ja nachvollziehbar ist. In Markkleeberg stehen nur die Tannen an Gartengrenzen zur Disposition.

Man mag jenen Passus des Kleingartengesetzes, die diesbezüglichen Drohungen von Ämtern und eifertige Maßnahmen von Vorständen drehen und wenden wie man will – wer ohne Not massenhaft edle Bäume beseitigen lässt, begeht Frevel an der Natur!

**BRUNO SCHWEITZER, BORNA**

Nach Angaben der Medien demonstrierten am 3. April 2004 über 500 000 Menschen in Deutschland gegen den Sozialabbau. Allein in der Hauptstadt Berlin waren es mindestens 250 000 Menschen. Die derzeitige Regierung hat versagt, sie belügt das Wahlvolk – sie muss weg!

Was kommt aber dann? Wer glaubt schon an eine Wende bei den „Schwarzen“? Noch schlimmere „Reformen“ sind zu befürchten. Also bildet die Straße unsere Plattform, also gehen wir wieder montags demonstrieren und beweisen, dass es doch noch einen Gegenpol gibt – zeigen wir ihnen die Stirn!

Es ist eine Lüge, dass der Staat kein Geld mehr habe. Seit den 90er Jahren hat sich unser Staat immer mehr zum Dienstleister der weltweit operierenden Konzerne gemausert. Allein für das neue BMW-Werk in Leipzig fließen fünf Milliarden Euro aus Steuergeldern in die Infrastruktur, nachdem BMW vorher über 500 Städte in mehreren europäischen Städten in den Konkurrenz-

## Ein Ruck ging durch Deutschland

kampf schickte. Wo das meiste für den Konzern zu holen war, da baut er von den Politikern vielumjubelt sein Werk. Um Konzernen Geld hinterher werfen zu können, wurde die Praxisgebühr erfunden, die Benzin- und Tabaksteuer erhöht, sind die Kommunen gezwungen, von den Bürgern Geld auf teilweise absurder Grundlage einzutreiben, und und und. Eine noch höhere Mehrwertsteuer wird die nächste „Überraschung“ sein, dazu die Krankenkassenbeiträge ... Als Lockmittel wird dem Volk die Verringerung der Arbeitslosigkeit vorgegaukelt. Gebetsmühlenartig wird verkündet, die sogenannten Lohnnebenkosten müssten gesenkt werden, dann würden Arbeitsplätze entstehen wie im Schlaraffenland. Übrigens, in der BRD hat ein Arbeiter im Jahre 2002 durchschnittlich nur 9,9 Minuten gebraucht, um den seinem Lohn entsprechenden Warenwert zu produzieren. Der Rest ist unbezahlte Arbeit zugunsten des Unternehmers.

Noch allerdings haben auch die Arbeiter ihre Interessensvertreter, die Gewerkschaften. Gegen die aber wettet „Genosse“ Müntefering was die Stimmbänder hergeben. Und FDP-Chef Westerwelle sagte im Deutschlandradio, die Funktionäre würden nicht mehr die Arbeitnehmerinteressen vertreten. Arbeitgeberpräsident Hundt warf den Gewerkschaften vor, mit ihrer Blockadepolitik dem Land zu schaden. Drei in einem Boot, vereint, in die gleiche Richtung rudern.

GENERALSTREIK war auf vielen Transparenten in Berlin zu lesen. Ja, der Generalstreik ist vielleicht das einzige Mittel, dem Kapital klarzumachen: So geht es nicht weiter. Einige ängstliche Gesichter aus dem Nobelhotel in der Karl-Liebknecht-Straße in Berlin – dort, wo das Palasthotel stand, gegenüber unserem Palast der Republik – sahen schon beim Anblick der Massen ihre schönen Tage im Hotel dahinschwinden.

**FRITZ DOST**  
Mitglied von ISOR e.V. TIG Leipzig

### Konzern-Sponsoring über die Werbung?

Das funktioniert bei einem linken Blatt aus beiderseitiger Abneigung nicht. Alljährliche Preiserhöhungen muten wir Ihnen nicht zu.

Finanzieren müssen wir uns dennoch!

**SPENDEN an:**

Projekt Linke Zeitung e. V.,  
Sparkasse Leipzig, Konto: 11 50 11 48 40 – BLZ  
860 555 92, Kennwort: Spende für LN

Übrigens: LN ist auch ein feines Geschenk für Freunde, Bekannte, Nachbarn ...

### Bestellschein

**LIEFERANSCHRIFT:**

.....  
Name, Vorname  
.....  
Straße, Hausnummer  
.....  
PLZ, Ort  
.....  
evtl. Telefon

**RECHNUNGSANSCHRIFT**

(nur extra auszufüllen, wenn dies ein  
 **Geschenkabonnement** ist  
.....  
Name, Vorname  
.....  
Straße, Hausnummer  
.....  
PLZ, Ort

Das Halbjahresabonnement kostet 13 Euro.

**Solidaritätspreis:**  Ich möchte LEIPZIGS NEUE unterstützen und zahle zum Halbjahrespreis von 13 Euro zusätzlich 5 Euro.

Ausgefüllten Bestellschein bitte an

LEIPZIGS NEUE, Braustraße 15, 04107 Leipzig schicken

Die Zeitung erscheint vierzehntäglich und wird über die Post zugestellt. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein halbes Jahr, wenn ich es nicht bis 1 Monat vor Bezugsende in der Redaktion kündige.

- Ich bitte um Rechnung
- Ich bezahle durch Bankeinzug

.....  
Geldinstitut  
.....  
BLZ  
.....  
Kontonummer  
.....  
Kontoinhaber  
.....  
Datum, 1. Unterschrift des Auftraggebers  
Ich kann diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) widerrufen.  
.....  
2. Unterschrift des Auftraggebers

**Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V.**

☎: 0341-9608531, Fax: 0341-2125877

**VERANSTALTUNGEN****Mittwoch, 5. Mai, 19 Uhr, Dresden****Aufbau oder Stagnation? Die Entwicklung des Arbeitsmarktes in Sachsen.** Mit Karl-Friedrich Zais, MdL (Sprecher für Arbeitsmarktpolitik der PDS-Fraktion im Sächsischen Landtag)  
„Wir AG“, Martin-Luther-Str. 21**Donnerstag, 6. Mai, 18 Uhr, Leipzig****Von schwarzen Haushalten und roten Zahlen. Alternative Finanzpolitik für Sachsen.** Mit Dr. Barbara Höll, Leipzig, ehemaliges MdB.  
Moderation: Dr. Volker Külowl, Leipzig  
Harkortstr. 10**Donnerstag, 6. Mai, 19 Uhr, Chemnitz**Vortrag und Diskussion: **Bolivien – Revolte gegen Neoliberalismus.**  
Mit Luzie Schell, Berlin, in Zusammenarbeit mit attac Chemnitz  
ver.di Treffpunkt, Jägerstr. 5-7**Freitag, 7. Mai, 17 Uhr, Löbau**Buchvorstellung und Diskussion: **Der weite Weg nach Europa – Wir und unsere slawischen Nachbarn.** Mit dem Autor Klaus Hemmo  
Innere Bautzener Str. 1**Sonnabend, 8. Mai, 10 Uhr, Weißwasser**Klaus Hemmo: **Der weite Weg nach Europa – Wir und unsere slawischen Nachbarn.**

Gaststätte „Station 13“ beim Krankenhausbereich

**Freitag, 7. bis Sonntag, 9. Mai, Leipzig****Sächsischer Schülerkongress 2004 – Schule sind wir.**In Zusammenarbeit mit Landesschülerrat Sachsen, Sächsisches Staatsministerium für Kultur, Deutsche Kinder- und Jugendstiftung, SPIESSER – die Jugendzeitschrift. Anmeldung erwünscht unter [www.schuelerkongress.de](http://www.schuelerkongress.de)

Neues Rathaus Leipzig, Martin-Luther-Ring 4-6

**Freitag, 7. Mai, 16 Uhr, bis Sonntag, 9. Mai, 12 Uhr, Dahlen**11. Kolloquium Rohrbacher Kreis **Werte, Wissenschaft, Bildung unter dem Aspekt von Globalisierung und Nachhaltigkeit \*\*\***

Käthe-Kollwitz-Hütte, Dahlen

**Freitag, 7. bis Sonntag, 9. Mai, Potsdam****What would the community think?.** Wochenendseminar über Identität und soziale Bewegungen. In Zusammenarbeit mit Gesellschaft für eine lustigere Gegenwart und AK Identitäten der Rosa-Luxemburg-StipendiatInnen, StudentInnenrat der Uni Leipzig, Fachschaftsrate Politik und Kulturwissenschaften. \*\*\*Teilnahmebeitrag: 10 € Anmeldung: [ullrich@uni-leipzig.de](mailto:ullrich@uni-leipzig.de)

0178/6165290 oder 0341/9731200

Forsthaus Nordtor, Potsdam-Golm

**Dienstag, 11. Mai, 18 Uhr, Leipzig**Buchvorstellung: **Günter K. Lehmann: Logos und Mythos.** Mit Dr. Eva Lehmann, Dr. Hans Ketzner und Dr. sc. Gerald Diesener. In Zusammenarbeit mit dem Leipziger Universitätsverlag  
Harkortstr. 10**Dienstag, 11. Mai, 19 Uhr, Dresden**Autorenlesung mit Irmtraud Habib, Berlin: **Unter der heißen Sonne von Bagdad – Meine Jahre im Irak** (gemeinsam mit Ausländerrat Dresden)

Internationales Begegnungszentrum (IBZ), Heinrich-Zille-Str. 6

**Mittwoch, 12. Mai, 20.30 Uhr, Leipzig**Autorenlesung: **Passagen – Gedichte der Gegenwart.** Mit Barbara Köhler, Duisburg, Absolventin des Leipziger Becher-Instituts. In Zusammenarbeit mit Schaubühne Lindenfels und Deutsches Literaturinstitut Leipzig \*\*\*

Schaubühne Lindenfels, Karl-Heine-Str. 50

**Mittwoch, 12. Mai, 19 Uhr, Dresden****Kant und die Aufklärung.** Mit Prof. Dr. Helmut Seidel, Leipzig  
„WIR AG“, Martin-Luther-Str. 21**Mittwoch, 12. Mai, 18 Uhr, Chemnitz**Vortrag und Diskussion: **Wer sind die wahren Herrscher des neuen Russland?** Die „Wiedergeburt“ des Kapitalismus seit Anfang der 90er Jahre. Mit Prof. Dr. habil. Karl-Heinz Gräfe, Freital \*\*\*  
Soziokulturelles Zentrum QUEER-BEET, Rosenplatz 4**Mittwoch, 12. Mai, 18.30 Uhr, Leipzig**Linke Literatur in der Diskussion. **Christoph Spehr: Die Aliens sind unter uns! Herrschaft und Befreiung im demokratischen Zeitalter.** Einführung in die Diskussion: Dr. Hans-Gert Gräbe  
Harkortstr. 10**Donnerstag, 13. Mai, 18 Uhr, Leipzig**Autorenlesung: **Bescheidenheit und andere Laster.** Mit Prof. Dr. Uwe Johannsen, Leipzig  
Harkortstr. 10**Sonnabend, 15. Mai, 10–20 Uhr, Dresden****3. Dresdner Bürger- und Sozialkonferenz „Armes reiches Dresden“**, gemeinsam mit Bürgerinitiative DBS, Stiftung Mitarbeit, IG Metall (Verwaltungsstelle Dresden), ver.di, Bezirk Dresden-Oberelbe, [www.wir-sind-dresden.de](http://www.wir-sind-dresden.de), [www.buendnis-gegen-sozialkahl Schlag-dresden.de](http://www.buendnis-gegen-sozialkahl Schlag-dresden.de)

Rathaus Dresden, Eingang Goldene Pforte, Dr.-Külz-Ring 19

**15.–16. Mai, Sayda**Referate, Diskussionen, Rollenspiel **perfekt angemeldet – perfekt durchgeführt.** Für Jugendliche zwischen 14 und 35 Jahren, ca. 22 Teilnehmer. JBW Dresden und Rosa-Luxemburg-Stiftung, Teilnehmerbeitrag 10 €. Kontakt: [kontakt@jugendbildungswerk.de](mailto:kontakt@jugendbildungswerk.de). Anmeldeschluss 25. 4. 2004.

Jugendherberge Sayda, Mordelgrund 8

**Sonnabend, 15. Mai, 9.30 Uhr, Großschönau****Risiken und Chancen der EU-Osterweiterung – insbesondere ihre Wirkungen auf die Oberlausitz.** Mit Heiko Kosel, MdL  
Gaststätte „Zum Grußschinner Eck“, Gartenstr. 1

\*\*\* Die Veranstaltung wird gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e. V. durchgeführt.

Die Veranstaltungen sind für jedermann offen

Polnische Ostsee, deutsche  
Hotelpension 22,00 € ÜF  
Tel.: 0048 91-3 81 11 72, [www.hsta.pl](http://www.hsta.pl)**Naturkundemuseum**

Leipzig, Lortzingstr. 3

**2. 5., 10 Uhr**, Haltestelle Probstheida (Linie 15): Frühlingsspaziergang **Durch den Lößniger Park in den südlichen Auwald****2., 9. und 16. 5., 10.30 Uhr:** Führung durch die Sonderausstellung **Vom Drachenkopf zum Saufisch****5. 5., 17–18 Uhr**, Familienveranstaltung: **Arbeiten wie die Archäologen – kleine Ausgrabungen****12. 5., 19 Uhr**, Dia-Vortrag: **Mit der Unterwasserkamera in heimischen Gewässern****13. 5., 19 Uhr**, Dia-Vortrag: **Insekten an und in Gewässern****16. 5., 14.30 Uhr:** Hausführung **mit Blick hinter die Kulissen Sonderausstellungen****Vom Drachenkopf zum Saufisch – aus dem Naturalienkabinett Waldenburg** (bis 16. 5.)**Die grüne Lunge Leipzigs – Auwaldansichten.** Fotoausstellung Christoph Grandke (bis 31. 5.)**Deutscher  
Freidenker-Verband**

Leipzig, Gottschedstr. 31(HH)

**13. 5., 16.30 Uhr: Sorgen des Alltags. Dürfen wir hoffen?** Eine aktuelle Plauderstunde**SZM**Stadtteilzentrum Messemagistrale  
Straße des 18. Oktober 10a**10. 5., 19 Uhr: UNO – Turnier für Jugendliche****15. 5., 16 Uhr**, Puppenbühne Schmidt zeigt für die Kleinen: **Kasper in Afrika.** Eintritt: 2,50 €**15. 5., 16 Uhr: Peter Meyer am Blüthner-Flügel.** Eintritt: 4,50 €**Die DKP Leipzig lädt ein**Aus Anlass des Jahrestages der Befreiung des deutschen Volkes vom Hitlerfaschismus spricht Generalmajor a. D. der NVA Heinz Bilan  
am **10. 5., 18 Uhr**, im Stadtteilzentrum Messemagistrale, Straße des 18. Oktober 10a**Initiative  
Christliche Linke****10. 5., 18 Uhr**, Gemeindesaal der Nikolaikirche Leipzig, Dr. Heinz Mürmel: **Religionsunterricht in der Schule – eine Verletzung der weltanschaulichen Neutralität?****Theatrium**

Leipzig, Miltitzer Allee 52

**4. und 6. 5., 10 Uhr, 5. 5., 10 und 19 Uhr, 7. 5., 10 und 20 Uhr: Physifloß** – ab 16 Jahre**11. und 12. 5., 10 und 14 Uhr: Kuller räumt auf** – ab 3 Jahre**14. und 15. 5., 20 Uhr: Das Königsexperiment.** Jugendtheaterprojekt – ab 14 Jahre**Frauenkultur e. V.**

Leipzig, Windscheidstr. 51

**6. 5., 20.30 Uhr: Die mit dem Grabstock tanzt** – Vortrag über das Leben der Aborigines-Frauen in der westaustralischen Wüste. Nur für Frauen**7. 5., 19–22 Uhr, 8. 5., 10–18 Uhr, 9. 5., 10–14 Uhr: Existenzgründungssseminar für Frauen****13. 5., 20.30 Uhr: Es ist gegen alles ein Kraut gewachsen** – Vortrag über Heilpflanzen**BUCHHANDLUNG RIJAP**

GbR

**Literatur für SIE****Im Mai neu bei uns:**

Hans Blix: Mission Irak. Der Chef der UN-Waffenkontrollure zieht kritisch Bilanz. Droemer/Knaur, 19,90 €

Eberhard Panitz: Cuba, mi amor. Die letzte Insel. edition ost, 12,90 €

Elmar Theveßen: Die Bush-Bilanz. Wie der US-Präsident sein Land und die Welt betrogen hat. Droemer/Knaur, 18 €

Wir beschaffen jedes lieferbare Buch.

Wir liefern in Leipzig frei Haus! In alle anderen Orte Sachsens für geringes Porto!

Bestellen Sie per Telefon, Fax oder Internet

☎ 0341 - 9 11 01 70, Fax: 0341 - 9 11 01 71

[www.buchhandlung-rijap.de](http://www.buchhandlung-rijap.de)

In Leipzig finden Sie uns in der

**Filiale Axispassage**

04159 Georg-Schumann-Str. 171

**Filiale Eutritzscher Zentrum**

04129 Wittenberger Str. 83

**Filiale Büchermarkt Mockau Center**

04357 Mockauer Str. 123

**Marxistisches Forum Leipzig****3. 5., 18 Uhr**, Liebknecht-Haus Leipzig, Braustr. 15**Forum:****Russland nach den Duma-Wahlen**

mit Prof. Dr. Ernstgert Kalbe

**Der Bund der Antifaschisten, Leipzig**führt am **Sonnabend, 26. Juni**, eine Busfahrt nach Berlin, **Gedenkstätte der Wannseekonferenz** und **Jüdisches Museum**, durch. Abfahrt 7 Uhr Hbf Ostseite, Kosten: 20 €  
Telefon. Anmeldung bis 1. Juni unter 0341/5964313 oder e-mail: [bdaLeipzig@web.de](mailto:bdaLeipzig@web.de)**Carl-Schorlemmer-Apotheke**

Inhaber:

FSD PhR Friedrich Roßner  
Fachapotheker für  
Allgemeinpharmazie  
Karlsruher Straße 54  
04209 Leipzig

Telefon (03 41) 4 22 45 58

Arzneimittel-Information

Arzneimittel-Abgabe

Telefon/Fax (03 41) 4 12 71 91

Büro / Apothekenleiter

**Schule sind wir****Sächsischer Schülerkongress**

Wie stellen sich Schüler die Schule der Zukunft vor? Was muss sich ändern? Der Landesschülerrat Sachsen, das Sächsische Kultusministerium, die Deutsche Kinder- und Jugendstiftung und SPIESSER – die Jugendzeitschrift laden vom 7. bis 9. Mai 350 Schüler aus ganz Sachsen nach Leipzig ein. Mit Politikern, Wissenschaftlern und Experten aus der Jugendhilfe können sie drei Tage lang die Themen diskutieren, die ihnen unter den Nägeln brennen. Am Freitagabend geht's los mit der Eröffnungsdiskussion im Neuen Rathaus in Leipzig. Am Sonnabend finden in der nahe gelegenen Thomasschule die Workshops statt. Die Themen sind breit gefächert: Die frisch ausgebildeten Moderatoren von „Mitwirkung mit Wirkung“

geben Basics zu wirksamer Schülermitwirkung mit auf den Weg. Anschließend geht's in praktischen Workshops um Rhetorik, Streitschlichtung, Moderation – aber auch um Schülerzeitungsarbeit, Schülerfirmen und den Einsatz gegen Fremdenfeindlichkeit. Am Sonnabendnachmittag geht's ran an die harten bildungspolitischen Themen: Ganztagschule, Zentralabi, Schulschließung. Am Sonntag werden im Neuen Rathaus die Ergebnisse der Workshops präsentiert, bevor mit einer großen Abschlussdiskussion der Kongress zu Ende geht. Was gibt's noch beim Schülerkongress 2004? Natürlich Party, Kultur, Kontakte und die junge Studentenstadt Leipzig!

[www.schuelerkongress.de](http://www.schuelerkongress.de)

U. S. Levin

# Raucher sind die wahren Helden

Das Problem mit den Rentnern ist lösbar. Nein, nicht in Salzsäure, sondern mit Sachverstand. Leider sind heutige Gesundheitspolitiker damit so reich gesegnet wie der Nordpol mit ökologischen Anbauflächen. Wenn es nach denen ginge, würden sie alle Raucher auf eine einsame Insel deportieren – sozusagen eine Raucherinsel, auf der sie sich gegenseitig beweihräuchern können.

Keinem aus unserer politischen Entführungsrige ist bisher der Gedanken gekommen, dass Tabakkonsum gelebter Patriotismus an den ausgeräucherten Rentenkassen ist. Jeder Marlborojunkie inhaliert doch nach dem Credo: Warum alt und gesund sterben, wenn man jung und krank dahinsiechen kann?

Raucher nehmen Nebenwirkungen in Kauf, denen Verbraucherschützer seit Jahren den Kampf angesagt haben. Über die quittegelben Finger eines Asphaltcowboys lachen sie – Hauptsache, der Teergehalt stimmt. Ihr orales Erscheinungsbild, rostbraune Zahnstumpen, die so locker im Kiefer stecken, dass der Zahnarzt

beim Ziehen keine Zange, sondern nur zwei kräftige Finger braucht, nehmen sie gelassen hin. Auch dass sie aus dem Rachen stinken wie überquellende Aschenbecher eines Konferenzzimmers, ringt ihnen nur ein lebensmüdes Lächeln ab.

Tapfer qualmen sich die Gurgelpfeifen durchs Leben, getreu dem Motto: Rauchen verkürzt das Leben und die Beine, meistens aber beides. Sie sterben auf Raten, erst die Zehen dann das ganze Bein. Das ist wie ein Pullover, der sich von unten nach oben aufrottelt. Ihre letzte Überfahrt ist biologisch abgeschlossen, bevor sie die Auszahlstellen der Rentenkasse erreichen können, und damit liegen sie der Gesellschaft nicht wie ein eitriges Geschwür an der Halsschlagader.

Und wie dankt der Staat ihren Heldenmut? Indem er immer wieder und weiter die Tabaksteuer erhöht, als könne er damit das Problem leerer Kassen lösen. Langfristig gibt es nur einen Weg. Rauchen muss jedem Bürger als staatsbürgerliche Pflicht an Herz und Lunge gelegt werden. An Grundschulen, in denen

der potentielle Rauchernachwuchs rekrutiert wird, könnte man Rauchen als Pflichtfach einführen. Schluss mit Sport! Statt Klimmzüge gibt es Glimmstängel.

Und was die Nichtraucher angeht, sie sollten an den gesellschaftlichen Pranger gestellt und mit glühenden Kippen beworfen werden, denn sie sind es, die den Rentenkassen mit ihrer überdurchschnittlichen Lebenserwartung auf der Tasche liegen.

Es muss endlich ein Bonusmodell her! Grundsätzlich müssen alle Tabakwaren kostenlos und für jedermann frei zugänglich sein! Und wer zehntausend Schachteln weggepafft hat, bekommt gratis eine Studienreise ins Krematorium. Jetzige Investitionen zahlen sich langfristig aus.

Wir brauchen wieder Politiker mit Visionen. Das Motto muss heißen: Genuss ohne Verdruss ist kein Stuss, sondern ein Muss!

Und wenn sich meine Wahnvorstellungen erfüllen, hätten wir spätestens nach zwei Generationen keine Rentner mehr und damit auch kein Rentenproblem.

Die neue Binzer Strandordnung verbietet ... das Aufschlagen von Strandmuscheln, Windschutztüchern und sogar Badelaken zwischen den Strandkörben.  
Vor allem Kinder, deren Eltern die täglich 6 Euro Strandkorbmiete

## ZITIERT

nicht aufbringen könnten ... seien die Leidtragenden ... Den anspruchsvollen, Strandkorb zahlenden Gästen müsse man größtmögliche Ruhe gewähren ...

Immerhin sollen schon die ersten Hotelinvestoren Privatstrände für ihre Hausgäste gefordert haben.

Beilage

„Neues Deutschland“:  
Reise-Kasse vom 30. 3.

## Und weiter mit Limericks

**SIEGFRIED MÜLLER aus Leipzig-Lößnitz schreibt:**

Eure Limericks haben mich ebenso begeistert wie eure Zeitung insgesamt. Ich bereue es nicht, Leser geworden zu sein. Nur schade, dass ich euch nicht früher kennen gelernt habe.

Was meckern denn die Leute bloß,  
es geht doch allen ganz famos,  
die Pinke Pinke haben,  
sich am Money laben  
im staatlich streng geschützten Schoß.

\*

Was hat es eingebracht all hier  
zu behaupten, das Volk sind wir!

Schnell aber kamen  
„Förderer“ von drüben,  
Ein Volk, das dürfte euch  
doch nun genügen.  
Seither zahlen kräftig wir dafür.

Ich kann es nicht oft genug wiederholen: Wandern bildet! Nicht nur, dass Sie schon sehr bald eine Buche von einer Pappel unterscheiden können und eine Taube von 'ner Möve, nein auch die hohen Werte unserer Gesellschafts-

ordnung erschließen sich dem Wanderer zügiger, weil er viel herumkommt und Vergleiche ziehen kann. In Alenteptow zum Beispiel erlebten wir, wie die Demokratie Ordnung schafft. Als unlängst die Gebührensatzung für die Friedhöfe beschlossen wurde, war es zu einem Streit gekommen, weil die Mehrheit der Abgeordneten einen aus ihren Reihen für befangen erklärt hatte und nicht mitstimmen lassen wollte. Klaus-Dieter L. aus der „Fraktion der Einzelbewerber“ berief sich jedoch auf ein Urteil des Oberverwaltungsgerichts Münster und stimmte also ab. Dann jedoch entschied die Kommunalaufsicht und bestätigte, dass L. befangen und seine Stimme demzufolge nicht gültig sei.

Warum befangen? Weil er Bestattungsunternehmer ist! Und die sollten nicht über die Bestattungskosten abstimmen. Wir zogen beruhigt weiter.

In Schildow erzählte man uns, wie die Abgeordneten in der Gemeindevertretung Mühlenbecker Land reaktionsschnell die Tagesordnung erweitert und die Lage im öffentlichen Rettungsdienst erörtert hatten. Die Misere war vielen Bürgern bekannt, aber dann erlitt eine Abgeordnete während der Sitzung einen Schlaganfall und die Gemeindevertreter beklagten, dass man zu lange auf den Ret-

tungswagen hatte warten müssen. Nun wird geprüft, ob künftig im Ernstfall nicht ein Rettungsteam aus Berlin alarmiert werden darf statt jenes aus Henningsdorf. Der Vizebürgermeister forderte „flexiblere Lösungen“, denn schließlich ginge es um Menschen-

leben. Davon können auch Menschen ein Lied singen, die keine Abgeordneten sind. Nicht so weit entfernt von dieser Gegend kamen wir bei Bindow an einem Haus vorüber, dessen eine Hälfte eingestürzt war. „Es war wie ein Erdbeben“, klagte der Bewohner. Schuld waren aber nur Ausschachtungsarbeiten. Erdbebenfolgen zeitigte das Unglück dennoch auf dem Konto der betroffenen Familie. Die hatte eben einen 100 000-Euro-Kredit aufgenommen, um das Haus zu sanieren. Die Schuldfrage muss vor Gericht geklärt werden, aber da wären dann noch einmal 10 000 Euro fällig. Für solche Fälle ist noch kein Ausweg gefunden worden.

Auch wenn das zynisch klingen sollte: Als wir nach Thüringen ans Flüsschen Grümpen gelangten, erlebten wir zwischen Theuern und Neumannsgrund, wie die diesjährige Goldwaschsaison begann. Kein Ulk: Seit zehn Jahren wird dort eine Tradition aus dem späten Mittelalter fortgesetzt und nach Gold gewaschen. Dreißig Kilo sollen auf einer Strecke von sieben Kilometern liegen, versichert ein Geologe. Das könnte vielleicht den „Erdbebenopfern“ aus dem Märkischen aus der Malaise helfen. Heute ist alles möglich.

• KLAUS HUHN

## FUNDSACHEN

Der Aufbau Ost ist an den Regeln West gescheitert.

Im Osten dürfte ein alter Spruch wieder Aktualität erlangen: Der Letzte macht das Licht aus.

Beides DLF 7. 4.

Wir dürfen endlich wieder Zone zur Zone sagen – Sonderwirtschaftszone. Nun steigt die Angst, dass wieder eine Mauer gebaut wird, diesmal vom Westen aus.

3sat 7. 4.

Viele Vorschläge für den Osten zielen darauf ab, die neuen Bundesländer zum Prüflabor für den Sozialabbau zu machen.

Friedrich Schorlemmer, DLF 10. 4.

Wer nur auf verniedlichende Figuren und Ringelreihen in unseren Kindergärten setzt, wie das meist der Fall ist, der verspielt die Zukunft der Kinder.

ARD 8. 4.

Die Armen, die die SPD in 20 Jahren wählen sollen, die schaffen wir uns jetzt.

Matthias Richling, ARD Scheibenwischer 8. 4.

Der ehemalige Außenminister Genscher ist für mehr Flexibilität bei Genehmigungsverfahren sowie im Arbeits- und Tarifrecht im Osten.

Der CDU-Ministerpräsident von Thüringen, Althaus, plädiert für eine Tariföffnung nach unten im Osten.

Beides DLF 14. 4.

• GEFUNDEN VON  
MANFRED ERBE



**Herausgeber:** Projekt Linke Zeitung e.V., V.i.S.P.: Rahel Springer

**Redaktion:** Braustraße 15, 04107 Leipzig, Tel./Fax: 0341 / 21 32 345  
E-Mail: leipzig\_neue@t-online.de  
Internet: www.leipzig-neue.de  
Einzelpreis: 1 Euro, im Abonnement halbjährlich (für 13 Ausgaben): 13 Euro

**Vertrieb, Abonnement, Abrechnung:** Ralf Fiebelkorn, Büro- und Verlagsservice, Gärtnerstraße 113, 04209 Leipzig. Tel./Fax: 0341 / 21 32 345

**Anzeigen, Werbung:** BERG-digital, Hans-Jürgen Berg, Ziegelstraße 7c, 04420 Markranstädt. Tel.: 034205/18 010, Fax: 034205/18 062 E-Mail: bergpr@web.de

**Druck:** Rollenoffset-Kiel GmbH

Einzelne Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird nicht gehaftet.

**Redaktionsschluss** dieser Ausgabe: 27. April  
**Die nächste Ausgabe** erscheint am 14. Mai